

Sagen, was Sache ist. Lesen, was schlaun macht.

begründet 1993



www.spd-ehingen.de



informiert
engagiert und
unzensuriert

's Rote Füchslle

Nr. 213

erscheint diesmal zweimonatlich

Sept./Okt. 2011

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ebingen / Donau und Umgebung

“Unwissenheit ist Unfreiheit. Wissen ist die Chance zur Freiheit. Deshalb verstehen wir Bildung als Grundrecht, nicht als abgeleitete Größe ökonomischer Zwänge.” (Franz Müntefering zum Roten Fuchslle)

Hauptschulen und die Ehinger CDU

Zäher Widerstand - und dennoch eine Frage

Ludwig Dorner

Wenn man der heimischen Presse glauben darf, regt sich in der örtlichen CDU Widerstand gegen die eigene Bundespartei. Es ist dabei zwar pikant, dass damit auch Unzufriedenheit mit der eigenen CDU-Bundestagsabgeordneten Schavan zutage tritt. Dennoch ist dies keine Schande, und es gehört sich für eine demokratische Partei, dass die Basis zuweilen aufmuckt. Es kommt auch in anderen Parteien vor.

Bemerkenswert ist dabei aber schon, dass die hiesigen Konservativen die Hauptschulen so lautstark beibehalten wollen. Bemerkenswert ist nämlich, dass diese schon von der eigenen schwarz-gelben Vorgänger-Landesregierung weitgehend abgeschafft und durch Werkrealschulen ersetzt wurden. Geht es also nicht nur gegen Merkel und Schavan, sondern nachträglich auch noch gegen Mappus?

Wir werden es vielleicht nie erfahren. Peinlich ist jedoch, dass man bei der Ehinger

CDU offenbar so gar nicht bei dem auf dem laufenden ist, was man doch so vehement schützen will. Noch Ende Juli/Anfang August 2011 stand in der Ehinger Schwäbischen Zeitung wörtlich: "Wir sind für unsere Hauptschulen im ländlichen Raum — wie in Kirchbierlingen und in Erbstetten." So wird mit Manuel Hagel ein führender Vertreter der örtlichen CDU zitiert.

Bei allem selbstverständlichen Respekt vor der Arbeit der dort tätigen Lehrkräfte, aber die Kirchbierlinger

Was gibt's diesmal?

- 2 Kontakte
- 3 Liebe Leser/-innen!
Wir gratulieren | Impressum|
- 4 SPD-Berichte aus Berlin
- 5 Camping, Klos und Kathedralen
- 6 CDU: "diktatorische Methoden"
- 7 Stress mit dem Stresstest
Der Kunde ist der Depp (1)
- 8 Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments
Der Kunde ist der Depp (2)
- 9 Liebe ASS / 60plusler ...
Aufgessen — dumm gelaufen!
- 10 Damals im Sept./Okt.
- 11 Rolf Allgaier 80 Jahre
- 13 Einladung zum Herbstfest
- 14 Es stand vor 10 Jahren ...
(A)bgestimmt - wie?
- 15 Grün-Rot tut BaWü gut
- 16 (R)umgefragt
- 19 Protokoll Dienstagstreff
- 22 Wir, die Weltbekehrer
- 26 Eine Straßenmalerin ...
- 27 Iranreise (Teil III)
- 28 Termine, Hinweise u. a. ■



Adress-
Aufkleber

EU-D-89584 Ebingen / Donau und Umgebung



■■■ Fortsetzung von Seite 1

Schule überlebte in letzter Zeit nur, weil tagtäglich einige Schüler/-innen aus der Ehinger Kernstadt per Kleinbus extra dorthingefahren werden.

Und bei Erbstetten kommen alle Bemühungen der Ehinger CDU sogar endgültig zu spät: Die dortige Hauptschule

wurde bereits 1995 aufgelöst, und die Schülerschaft der Ehinger Alb besucht seitdem die Längenfeldschule. Das ist jetzt also 16 Jahre her.

Kirchbierlingen nannte sich auch bisher schon (nach geltendem Recht korrekt) Haupt- und Werkrealschule. Eine

Hauptschule in Erbstetten gibt's wie gesagt schon lange nicht mehr. Die Michel-Buck ebenso wie die Längenfeldschule sind Werkrealschulen.

Welche "Hauptschulen" will die Ehinger CDU denn eigentlich noch schützen? ■

(L)eserpost

Sehr geehrter Herr Dorner,

Frau Ministerin dankt Ihnen herzlich für Ihre E-Mail vom 23. Juli und hat mich darum gebeten, Ihnen in ihrem Auftrag zu antworten.

Frau Ministerin hat sich über Ihre Rückmeldung zu der Veranstaltung in Ehingen und die offenbar sehr positive Resonanz sehr gefreut. Auf großes Interesse ist bei ihr auch die Augustausgabe des ‚Roten Fuchsles‘ gestoßen, die ja auch eine sehr lebendige Schilderung der Veranstaltung in der Ehinger Lindenhalle beinhaltet. Grundsätzlich hat sie auch die Bandbreite der Themen Ihres Mitteilungsblattes beeindruckt, das sich gleichermaßen mit sehr vielfältigen Themen vor Ort, aber gerade auch mit Themen der Landes-, Bundes und Europapolitik befasst. Für Ihre künftige Arbeit wünsche ich Ihnen alles Gute – und zunächst einmal eine hoffentlich ruhige und erholsame Ferienzeit.

Mit freundlichen Grüßen

Tonja Brinks

Leiterin der Zentralstelle
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
des Landes Baden-Württemberg
Schlossplatz 4 (Neues Schloss)
70173 Stuttgart

18. August 2011



Die Ministerin in der Lindenhalle

Die kleinen Flaggen/Wappen auf Seite 1 neben dem EU-Sternenkranz (von links): Deutschland, Baden-Württemberg, Alb-Donau-Kreis, Ehingen/Donau — Griesingen, Öpfingen

Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende **Klärle Dorner**,
Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de;
stv. Vors. **Kerstin Hoffmann**, Riedlingen,
0 73 71 - 9 34 70 54; Fraktionsvorsitzender
(Gemeinderat Ehingen) **Georg Mangold**,
Fon 07391-5 39 05,
Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende
Heidi Ankner;
ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalzentrum Poststraße 7,
88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de -
Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587

57 87 Büroleiterin **Bruni Oehrke**; **Bruni.Oehrke@spd.de**; Regionalgeschäftsführer **Ulrich Möhrle** (01 51 - 17 86 47 80) - **ulrich.moehrle@spd.de**

Bürgerbüro **Martin Rivoir MdL**, Betreuung-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis; Söflinger Straße 145, 89077 Ulm, Fon 0731/3989700, Fax 0731/ 3989701; **Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de**; Mitarbeiterin **Susanne Nödinger**

Abgeordnetenbüro **Hilde Mattheis MdB**, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon 0 30 - 22 77 51 42, Fax 0 30 - 22 77 67 13, **hilde.mattheis@bundestag.de**;

Kerstin Krell, **Karl Piberhofer**, **Bettina Schulze** (wissenschaftliche Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro **Hilde Mattheis MdB**, Söflinger Straße 145; 89077 Ulm, Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21, **hilde.mattheis@wk.bundestag.de**; **Matthias Genchi** - **www.hilde-mattheis.de**

Europa-Abgeordnete
Evelyne Gebhardt MdEP; Keltergasse 47, 74653 Künzelsau; 0 79 40 - 5 91 22; **EGebhardt.MdEP@T-Online.de**;
www.evelyne-gebhardt.eu ■



Liebe Leserinnen und Leser!

Die Sommerpause ist vorbei. 's Rote Füchslle erscheint wie angekündigt in einer Doppelausgabe.

Und es darf sich gleich wundern: Die CDU verteidigt seltsam vehement etwas, das es eigentlich gar nicht mehr gibt: die Hauptschulen. Und es waren nicht mal die bösen Rot-Grünen, die sie abgeschafft haben (ab Seite 1).

Unsere Lesenumfrage zur geplanten Strukturreform der SPD fand ein recht großes und weitgehend übereinstimmendes Echo (S. 16).

Noch einmal beschäftigt uns die CDU im Gäu: Sie will sich von der Basis aus reformieren. Das wertet 's Rote Füchslle als guten und völlig korrekten demokratischen Vorgang (Seite 6), zumal nach einem Wechsel in die Opposition.

Gift im Material von Spielzeug: Man sollte nicht meinen, dass so ein Gesetz überhaupt noch erforderlich ist. Aber die Richtlinie des Europäischen Parlaments ist leider wohl doch erforderlich gewesen! (Seite 8).

Drei unserer Stadträte informieren, warum und wie sie abgestimmt haben.

Zu unserer "beliebten" Rubrik vom Kunden, der immer wieder als Depp behandelt wird, finden sich auch wieder zwei Beiträge (Seite 7 und Seite 8).

Was wäre unser Mitteilungsblatt ohne seine Leserschaft, die zugleich zuweilen seine Autoren sind?

Auf Seite 7 beschäftigt sich Karl-Heinz Irgang wieder mit Stuttgart 21. Er bestätigt die Zweifel an der Computer-Simulations-Studie, wie sie in der letzten Ausgabe dargestellt wurden.

Manfred Kistler macht sich tiefe Gedanken zur Entwicklungshilfe (Seite 22).

Veit Feger erzählt einfühlsam über die zufällige Begegnung mit einer Straßenkünstlerin (Seite 26).

Auf Seite 27 steht die Fortsetzung über die Studienreise in den Iran, wieder geschrieben von Almut Pfeiffer.

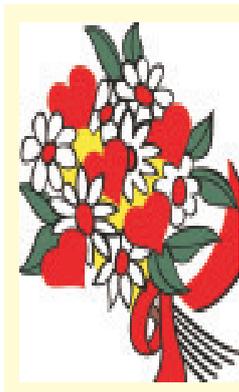
Ich selbst steuere in loser Folge, diesmal mit dem ersten Teil, einige Beobachtungen zum Nachbarland Frankreich bei (Seite 5).

's isch ebbes botta em Fixle ... ■

„Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Ludwig Dorner

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre



Geburtstage				Mitgliedschafts-Jubiläen		
geboren am			wird	Eintrittsmonat/-jahr		Jahre
17.	9.	Hilde Allgaier	78	9/1974	Joachim Schmucker	37
15.	9.	Kurt Efinger	72	9/1974	Klärle Dorner	37
5.	10.	Kevin Riedmüller	20	10/2006	Tamara Römisch	5
11.	10.	Kerstin Hoffmann	25	10/1974	Karl-Heinz u. Angelika Markert	37
5.	10.	Ulrike Hackel	65	10/1969	Hilde Allgaier	42
				10/1959	Rolf Allgaier	52
				10/1971	Ludwig Dorner	40

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen.

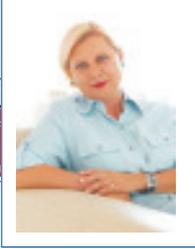
Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet — natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: 's Rote Füchslle wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. Gewählte Redaktionsmitglieder: Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchslle, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechslle@t-online.de * **Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats** (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen - Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■

Wer keine Veröffentlichung seiner Daten wünscht, möge dies rechtzeitig vor Redaktionsschluss mitteilen.



SPD-Berichte aus BERLIN



Hilde Mattheis MdB informiert.
Die Auswahl besorgte die Redaktion.

Ulm muss Hauptsitz der Arbeitsagentur bleiben

Bundeslandübergreifende Zuständigkeit für Region Neu-Ulm prüfen

Die Bundesagentur für Arbeit plant die Arbeitsagenturen Ulm und Aalen zusammenzulegen und die Führungsebene in Aalen anzusiedeln. Die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis hat sich deshalb an Bundesarbeitsministerin von der Leyen, den Chef der Bundesagentur für Arbeit Weise sowie die Vorsitzende des Verwaltungsrats Buntenbach vom DGB gewandt, um sich für den Erhalt der Arbeitsagentur in Ulm einzusetzen und eine bundeslandübergreifende Zuständigkeit zu prüfen.

"Ulm ist das Zentrum unserer Region. Deshalb ist es wichtig, dass hier auch die Leitungsebene der Arbeitsagentur angesiedelt bleibt. In Ulm haben alle für den Arbeitsmarkt wichtigen Akteure ihren Sitz: Industrie, Handwerk, Gewerkschaften und der Regionalverband. Kurze Wege und eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten sind mit ein Grund für die vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit in der Region Ulm. Dies darf durch die Organisationsreform nicht gefährdet werden", so die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis.

Statt die 70 Kilometer voneinander entfernten Arbeits-

agenturen Ulm und Aalen zusammenzulegen, würde sich eine bundeslandübergreifende Zuständigkeit der Ulmer Arbeitsagentur für die Region Ulm und Neu-Ulm anbieten. Sehr viele Menschen pendeln täglich zwischen beiden Städten. Arbeitslose aus der Region werden innerhalb der Region vermittelt oder finden innerhalb der Region unabhängig vom Bundesland einen Arbeitsplatz.

"Große Sorge bereitet mir darüber hinaus, dass es zu Stellenstreichungen durch die Neustrukturierung kommt. Denn jetzt in der Phase des Aufschwungs schlägt die Stunde der Arbeitsmarkt-

politik. Um Arbeitslose zu Fachkräften zu qualifizieren, ist nicht weniger, sondern mehr Arbeitsmarktpolitik notwendig."

Die Debatte um die Zukunft der Standorte der Agentur für Arbeit kann nicht losgelöst von den von der schwarz-gelben Bundesregierung geplanten Mittelkürzungen für Arbeitsmarktpolitik betrachtet werden. "Der Kürzungsdruck darf nicht auf Kosten der Menschen in der Region gehen. Gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs dürfen wir Langzeitarbeitslose, die ganz am Rand stehen, nicht aus dem Blick verlieren", fordert Hilde Mattheis die Bundesministerin auf. ■



kampierendes Zelt (bräunendes Zelt des Sprays, knallen oben Zelt, sprühen tan Ausrüstung, Duschezelt, kampierende Toilette, protable Toilette)

kampierendes Zelt (bräunendes Zelt des Sprays, knallen oben Zelt, sprühen tan Ausrüstung, Duschezelt, kampierende Toilette, protable Toilette)

Lieferant: Xujin Dail

[Hersteller]

China (Festland)

Erstklassiger Lieferant

Lieferant kommt

Alles klar?

Es knallt oben und bräunt, und selbst das Klo kumpiert. ■

http://german.alibaba.com/products/camping-shower-toilet_2.html



Reiseindrücke aus Frankreich (Teil 1)

Camping, Klos und Kathedralen

Ludwig Dorner

Unser diesjähriger Urlaub führte uns wieder einmal in die Bretagne, Frankreichs westlichster Landzipfel, und in die sich südlich anschließende Vendée. Beide Gegenden sind groß an Fläche, landschaftlich schön und ein Stück Frankreich pur. Ausländische Touristen sind zum Glück ein seltener Anblick, wenn man nicht gerade an einen der ganz berühmten Küstenbadeorte geht. Gerade die Bretagne ist insofern ein eigenwilliges Stück Frankreich, als man dort Wert auf die keltischen Wurzeln legt, als viele Orts- und Verkehrsschilder zweisprachig sind (französisch/bretonisch), und auch, als die Bretonen eher dem mitteleuropäischen Menschenschlag, also auch uns, gleichen und nicht den dunkelhaarigen und dunkeläugigen Südfranzosen. Manche Orte haben wir natürlich zum wiederholten Mal gesehen. Aber andererseits konnten wir es uns diesmal auch "leisten", auf manche touristische Highlights zu verzichten und eher das ländliche, bescheidene, kleinstädtisch oder dörflich geprägte Land näher zu erkunden. Der nachstehende Text ist jedoch kein Reisetagebuch und kein Reiseführer. Er enthält vielmehr in lockerer Folge einige wenige Punkte, die ich herausheben möchte. Hier folgt der erste Teil:

"Die Nachbarn kennen."

Mein Ziel ist es dabei, der Entfremdung in Europa entgegen zu wirken, manches mit Sympathie zu beschreiben und manches auch kritisch zu sehen. Oder es soll Verständnis geweckt werden, dass es anderswo auch Probleme gibt, vielleicht andere, als wir sie haben und beklagen, und oft genug auch ganz ähnliche Sorgen.

Die Überschrift deutet die Art des Reisens an: Wir waren mit dem Wohnwagen unterwegs, haben (immer) auf **Cam-ping**plätzen übernachtet und im Zielgebiet den Wohnwagen natürlich auch tagelang abgestellt und uns mit Auto und zu Fuß auf den Weg gemacht.

Auf der Hinreise haben wir uns Zeit für Zwischenstopps genommen und unter anderem die **Kathedrale** von

Chartres besichtigt. Andere, nicht so berühmte Kirchen und Kirchlein und auch ein veritables Schloss an der Loire haben wir ebenfalls besucht und auch sonst Schönes gesehen. Warum die **WCs** in der Überschrift auftauchen, ergibt sich aus dem Text — da fanden wir schon auch was zum Kritisieren, nicht nur auf unseren Campingplätzen.

Der Mann auf dem Velosolex

So gewiss das mal ein Klischeebild "des typischen Franzosen" war, und so gewiss man diesen auch durchaus zuweilen wirklich sah, so sehr ist er uns im Alltagsleben spätestens diesmal nicht mehr begegnet:

Der ältere Mann mit Baskenmütze, wie er vorzugsweise im Unterhemd, zwei Weißbrot-Baguettes quer auf den Gepäckträger geklemmt, die Zigarette (Gitanes Mais, also

die von der härtesten Sorte) im Mundwinkel an der Unterlippe klebend, auf seinem Velosolex durch die Straßen knatterte. Das Velosolex war eine Art Fahrrad mit Hilfsmotor, der über einen Kipphebel aufs Vorderrad geschwenkt wurde. Einfach, aber funktional. (Siehe Bild auf Seite 6.)

Der Mann verkörperte in den 1960-er und 70-er Jahren in unseren europahungrigen Vorstellungen sozusagen französische Lebensart und Lebenskunst im Reinform. In Wirklichkeit war er bestimmt eher ein armer Hund ...

Auch der 2 CV (die "Ente") galt zwar außerhalb Frankreichs als klassenloses Statussymbol für Lebenskünstler (Intellektueller, Baskenmütze, Rotwein, Käse, Stangenbrot "und überhaupt"), und doch wurde das Auto eigentlich mit der Maßgabe konstruiert und





Fortsetzung von Seite 5

gebaut, einen Bauern und zwei Sack Kartoffeln möglichst billig und regensicher von A nach B zu bringen. Hat sich was mit Bonvivant im Ursprungsland! Ähnliches gilt

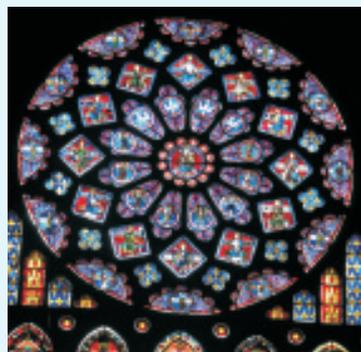
für den beinahe ebenso legendären R4 (Renault).

"Döschwos", R4s und Vélosollex sieht man nur noch sehr selten. Immerhin fährt eine

90jährige Dame auf der Ile d'Yeu noch täglich mit ihrem Vélosollex ins Städtchen, wie uns glaubhafte Zeugen erzählten.

Fortsetzung folgt ■

von links:
Citröen 2CV
("Ente"), Renault R4,
Vélosollex -
drei Veteranen
der Straße, die
man nur noch
selten sieht.



von links:
Chartres
Kathedrale
(Eingang)
Kathedrale
(Fenster)
Altstadtidylle

**"Durchwachsene Stimmung in der CDU im Kreis"
Und "Um die Basis kümmern"**

**"Noch zu sehr in eher
diktatorischen Methoden verhaftet"**

So stand es am 22. Juli 2011 im Ehinger Tagblatt (ET) zu lesen. Es sind Repräsentanten der CDU im Alb-Donau-Kreis, die sich sorgen. Das Blatt: "Dem Stadtverbandsvorsitzenden aus Munderkingen, Josef Ott, zufolge braucht die CDU eine **neue Struktur** und auch eine **neue Diskussionskultur**. 'Wir müssen uns viel mehr **um die Basis kümmern**.' (...)" Es sei nötig, heißt es im ET weiter, die Mitglieder mehr zu beteiligen und zu informieren. Und Josef Ott wird weiter zitiert: "Das Establishment der Partei sei noch zu sehr in eher diktatorischen Methoden verhaftet. 'Vor zehn Jahren war das vielleicht noch gut und hat funktioniert, aber heute nicht mehr.'" ¹

Weiter hieß es im ET: "In der Oppositionsrolle sieht Ott die Chance für die Christdemokraten, einiges zu ändern. 'Es war immer schon schwer, in die Opposition zu gehen, aber wenn wir das nicht müssten, würden wir nur so weitermachen wie bisher.'"

Demokratie lebt auch vom Wechsel. Was hier in der CDU öffentlich gefordert wird, muss **in allen demokratischen Parteien** ein normaler und notwendiger Ablauf sein. Andere Parteien haben daher keinerlei Grund zur Schadenfreude, wenn sie darüber etwas öffentlich in der Zeitung lesen. Und so soll auch durchaus positiv und ohne jede Ironie mit Interesse zur Kenntnis genommen werden, was im ET (wie zitiert) über die Kreis-CDU zu lesen stand. Guten Erfolg!

¹ farbliche Hervorhebungen: LD ■



Im letzten Roten Fuchsle (August 2011) befasste sich ein Beitrag unter dem Titel "Stress mit dem Stresstest" mit der Frage, ob in so verhältnismäßig kurzer Zeit so eine umfang- und datenreiche Computersimulation ausreichend fundiert und fehlerfrei durchgeführt werden könnte. Der Verfasser berief sich zum einen auf eigene Erfahrungen, verwies aber auch auf weltweit operierende Softwarekonzerne, die es in vielen Jahren nicht hinbrächten, fehlerfrei funktionierende Software zu entwickeln. Zu diesem Beitrag schrieb uns nun Rotes-Fuchsle-Leser und gelegentlicher -Autor

Karl-Heinz Irgang, Blaubeuren-Gerhausen

Hallo Ludwig, mit Deinen Betrachtungen liegst Du nicht auf der verkehrten Seite, in der Tat erfordern derartige IT¹-Verfahren auch Qualitäts-, Verfahrensfehler- und Bagatellfehler-routinen.

Diese sind i. d. R. aufwändiger als die Funktionsprozesse selbst, in der Luftfahrt rechnet man hier mit dem Faktor 10.

Die SMA hat 3000 Arbeitsstunden eigenen Angaben zufolge verbraucht.

Meine IT-Erfahrung reicht zurück bis zu Studium 1966-70, Diplomarbeit 1970 "IT-Anwendung und Systemtheorie für ein komplexes Nachrichtengewinnungs und -verarbeitungssystem". IT begleitete mich ebenfalls mein ganzes

Berufsleben, in der (IT-) Spitze Projektleiter eines 800-Mio-DM IT-Systems Anfang der 90er.

Dein Horror vor der Ableitung von Informationen als (alleinige?) Entscheidungsgrundlage ist berechtigt und wird auch von der SMA in ihrem Bericht entsprechend ausgedrückt:

"Im medialen Umfeld vor seiner Veröffentlichung wurde das Audit zu den Ergebnissen des Stresstests zu einer Art Schicksalsfrage über Leben oder Tod des Projektes Stuttgart 21 hochstilisiert. Weder der Auftrag des Schlichters noch die durchgeführten eisenbahnbetriebswissenschaftlichen Untersuchungen lassen diese Interpretation zu. ... Es

existieren keine Richtlinien für die Prüfung einer eisenbahnbetriebswissenschaftlichen Simulation. ... In Anbetracht der enormen Datenmenge ist eine absolut fehlerfreie Simulation nicht möglich."

Dein Horror ist aber auch deswegen berechtigt da nur eine Stunde des 20stündigen "Eisenbahntages" simuliert wird und schon im Ansatz eben nicht mit einem verbesserten Kopfbahnhof verglichen wird, sondern mit dem durch den damaligen S-Bahn-Bau "kastrierten K1980".

¹ IT=Informationstechnologie (etwa: Einsatz von Computern)



Der Kunde ist der Depp (I)

Der Kunde will wissen, was der Schinken ("Jambon") aus der (französischen Landschaft) Vendée für Zutaten enthält.

Er studiert das Etikett und findet mit zusammengekniffenen Augen die Angabe zu den Zutaten ("Ingrédients"). Schriftgröße unverschämt popelig klein — man sehe das Streichholzköpfchen zum Größenvergleich! ■



Evelyne Gebhardt MdEP Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments

www.europarl.europa.eu/pdf/welcome_brochures/for_you/working_for_you_de.pdf

"Keine Kompromisse bei der Sicherheit und Gesundheit unserer Kinder"

Neue EU-Spielzeugrichtlinie tritt in Kraft

Seit Juli 2011 gelten europaweit strengere Vorschriften für die Vermarktung von Spielzeug. Die neue EU-Richtlinie über die Sicherheit von Spielzeug trat in Kraft.

Die SPD-Europaabgeordnete und Verbraucherschutzexpertin aus Muldingen, Evelyne GEBHARDT, betont in diesem Zusammenhang: "Ständig werden neue Herstellungsverfahren und Materialien für Spielzeuge entwickelt. Es ist daher von größter Bedeutung, dass hohe europäische Anforderungen an die Qualität und die Sicherheit durchgesetzt werden und sich die Verbraucher und Verbraucherinnen in Europa auf sicheres Spielzeug für ihre Kinder verlassen können."

Um Kinder vor giftigen Chemikalien und krebserregenden Stoffen zu schützen, wurden die Grenzwerte strenger gere-

gelt. Außerdem kann zukünftig Spielzeug vorsorglich vom Markt genommen werden, wenn ein ernstzunehmender Verdacht auf eine Gesundheitsgefährdung auftaucht, noch bevor ein wissenschaftlicher Beleg für die Gefährdung vorliegt.

Trotz der neuen strengeren Sicherheitsregeln sieht Evelyne GEBHARDT allerdings noch Nachbesserungsbedarf bei der neuen Spielzeugrichtlinie. "Wir Sozialdemokraten hatten darauf gedrängt, dass sowohl eine bessere Marktüberwachung als auch eine Dritt Zertifizierung durch unabhängige Institute eingeführt wird. Leider ist der Antrag bei der

Verabschiedung der neuen EU-Spielzeugrichtlinie **an dem beharrlichen Widerstand von Konservativen und Liberalen gescheitert**. Strengere Sicherheitsregeln machen aber nur dann Sinn, wenn sie von unabhängigen Dritten kontrolliert und zertifiziert werden", kritisiert die hohenlohische Sozialdemokratin Evelyne GEBHARDT.

"Nun liegt es an den europäischen Mitgliedstaaten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Kinder besser zu schützen", so Evelyne GEBHARDT abschließend.

Wir haben günstige Preise für Sie gefunden.

Hinfahrt am Mo, 25.07.11	Rückfahrt am Mo, 25.07.11
Laupheim West → Ravensburg	Ravensburg → Laupheim West
Mo, 25.07.11	Mo, 25.07.11
Aktualisieren	Aktualisieren
← 1 Tag früher	1 Tag später →
Preis ▲ Ab ▲ An ▲ Dauer ▲ Umst. ▲	Preis ▲ Ab ▲ An ▲ Dauer ▲ Umst. ▲
Zu Ihren angegebenen Bahnhöfen konnte kein Angebot ermittelt werden. Das kann z.B. daran liegen, dass Ihre Anfrage keine Fernverkehrsverbindung beinhaltet (z.B. Verbindung mit ICE/EC, ICE, CIL) sondern nur mit Nahverkehrszügen (z.B. RE, RB, S-Bahn) bedient wird oder nur für eine Teilstrecke ein Preis ermittelt werden kann. Bitte ändern Sie Ihre Suchanfrage.	Zu Ihren angegebenen Bahnhöfen konnte kein Angebot ermittelt werden. Das kann z.B. daran liegen, dass Ihre Anfrage keine Fernverkehrsverbindung beinhaltet (z.B. Verbindung mit ICE/EC, ICE, CIL) sondern nur mit Nahverkehrszügen (z.B. RE, RB, S-Bahn) bedient wird oder nur für eine Teilstrecke ein Preis ermittelt werden kann. Bitte ändern Sie Ihre Suchanfrage.

Der Kunde ist der Depp (II)

Fragt man im Internetpokal der Deutschen Bahn was ab, kann es passieren, dass obendrüber groß steht:

"Wir haben günstige Preise für Sie gefunden."

Und unten dran steht: "Zu Ihren angegebenen Bahnhöfen konnte kein Angebot ermittelt werden." Toll! ■



Einladung zu unserem nächsten Treff am 12. Oktober 2011 in Blaustein
 Protokoll zum letzten Treff

Liebe ASS / 60plusler,

bei unserem Treffen (17. 8.) im Naturfreundehaus Schelklingen bei herrlichstem Sommerwetter verbrachten wir zwangsläufig erst einmal recht viel Zeit bei ganz frischen Butterbrezeln und selbstgebackenem Pflaumenkuchen - einfach überwältigend. Besten Dank unseren beiden Ehepaaren Hörner und Kaut. Urlaubsbedingt war unser Kreis etwas kleiner. Trotzdem wurde so lebhaft über die verschiedensten Themen diskutiert, so dass wir rein zeitlich nur einen kleinen Teil des Weltgeschehens sowie unserer eigenen Problematik anreißen konnten. Arg viele Diskussionspunkte des Tagesgeschehens blieben zwangsläufig im Hintergrund.

Situationsbedingt konnten leider unsere eingeladenen beiden Hauptgäste erst gar nicht kommen: unser Landtagsabgeordneter Martin Rivoir musste absagen lassen, ist er doch allein bei unseren beiden Themen Stg. 21 und HfG mehr als gefordert. Unsere Kreisvorsitzende Heidi Ankner schrieb etliche Sätze zu ihrer Absage - und ganz selbstverständlich: wir sind ja mitten in unserer Urlaubszeit. Der Langaner Antrag zum Zusammenschluss unserer beiden Verbände Alb/Donau und Ulm wurde heftig diskutiert und dann natürlich erst einmal zurückgestellt. Benötigen wir doch dringend Fakten und Daten direkt von unserem eigenen Vorstand. Rote Füchsele der letzten drei Monate sowie Unterlagen unserer Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis über unseren Atomausstieg wurden verteilt. Breiten Raum nahmen auch die letzten großen Artikel der beiden Grünen, Minister Hermann, und des Abgeordneten Filius und damit der Kampf unseres Abgeordneten Martin Rivoir ein.

Mit herzlichen Grüßen
 Horst Feiler, Illerkirchberg ■

Tieflader sitzt am neuen Kreisel auf

Aufgessen — dumm gelaufen!

Ludwig Dorner



Das Ehinger Tagblatt berichtete am 3. September: Der nördliche Kreisel " ist, versichert das Regierungspräsidium, im besten Wissen gebaut worden. Doch im Test ist ein Tieflader aufgessen, nun muss der fast fertige Kreisel an der Fischerkreuzung nochmals umgearbeitet werden." Aha! Der Leser staunt. Weiter schreibt das Blatt: " 'Keiner ist auf die Idee gekommen, dass da was schief laufen könnte', sagt ... der Sprecher des Regierungspräsidiums Tübingen."

Wer bezahlt einen Umbau? Natürlich letztlich wir Steuerzahler, wer denn sonst? Und so muss die Frage schon erlaubt sein, warum die planenden Ingenieure aller Beteiligten nicht so genau wussten oder bedachten, welche technischen Daten so ein Spezial-LKW hat. Es ist zwar verständlich, dass das Liebherrwerk Ehingen dabei keine so großen Probleme sieht, weil die Tieflader beim Drüber-

fahren hydraulisch etwas angehoben werden können. Liebherr-Transporteure kennen die Verkehrssituation vor Ort und wissen entsprechend zu handeln. Außerdem war Liebherr an der Planung selbst auch beteiligt. Verständlich also, dass Liebherr-Produktionschef Dr. Hubert Hummel den Sachverhalt gar nicht so dramatisch sehen will.

Die Bundesstraßen 311/465 ■

sind aber auch wichtige Regionalverbindungen, und da kann nicht jeder LKW-Fahrer die Streckenverhältnisse bei jedem Kreisverkehr so genau kennen. Und dann?

Und: Es sind ja noch andere, weit größere Bauvorhaben im Lande geplant. Was wäre wohl, wenn dort den Planern auch passiert, dass sie zuweilen "aufsitzen"?



Damals im Sept./Okt.

Gerhard Tessin

Damals im September

Vor 60 Jahren (1951): Volkskammer appelliert

Das Parlament der DDR, die Volkskammer, verabschiedete am 15.9. einstimmig einen Appell an den Bundestag. Darin wird dieser aufgefordert, sofort gesamtdeutsche Beratungen aufzunehmen mit dem Ziel, "freien, gleichen und geheimen demokratischen Wahlen für eine Nationalversammlung" zuzustimmen. Im Appell wurde ferner vor einem Anschluss der Bundesrepublik an den Westen gewarnt. Damit würden von der BRD nur militärische Leistungen abverlangt. Es ginge letztlich nur um die Ausnützung des deutschen Volkes für fremde Zwecke gegen die Sowjetunion. Im Appell wurde die Presse- und Organisationsfreiheit zur Vorbereitung der Wahlen zugesichert. West-Berlins Regierender Bürgermeister Reuter fand, dass man das Angebot ernst nehmen und prüfen sollte. Bundeskanzler Adenauer jedoch bezeichnete es als rein taktisches Manöver, dass die europäische Einigung hintertreiben sollte. Der Bundestag befasste sich mit dem Vorschlag: Eine internationale Kommission sollte zunächst überprüfen, ob in der DDR Voraussetzungen für freie Wahlen existierten, was quasi die

Beteiligung der westlichen Alliierten an den Wahlen bedeutete. Eben dieses wollte die DDR vermeiden, womit der Volkskammervorschlag praktisch abgelehnt war.

Vor 60 Jahren (1951): Bundesverfassungsgericht

Drei Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist deren staatsrechtlicher Aufbau vollendet worden: In Karlsruhe wurde am 28.9. das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eröffnet. Dieses Organ - ohne Vorbild in der deutschen Rechtsgeschichte - ist das höchste Gericht der Verfassungsgerichtsbarkeit des Bundes. Es ist ein mit Garantien richterlicher Unabhängigkeit ausgestatteter Gerichtshof und zugleich oberstes Verfassungsorgan. Das BVerfG entscheidet z.B. über die Vereinbarkeit von Bundesgesetzen mit der Verfassung (Normenkontrolle), über Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern oder die Verfassungswidrigkeit von politischen Parteien. Seine Entscheidung bindet alle öffentliche Gewalt.

Vor 40 Jahren (1971): Berlin-Abkommen

"Ende gut, alles gut" verkündete der sowjetische Botschafter in der DDR, Abrassimow, auf Deutsch den wartenden Journalisten nach der

Unterzeichnung des Berlin-Abkommens am 3.9. Die Botschafter der drei Westmächte und er hatten sich nach einjährigen Verhandlungen in 33 Gesprächsrunden auf den ersten Teil des Abkommens geeinigt und ein Schlussprotokoll paraphiert. Diskutiert wurde über den Rechtsstatus der Stadt, den freien Zugang und über das Verhältnis der Bundesrepublik zu West-Berlin. Im nun vorliegenden Abkommen wurden nochmals die Verantwortlichkeit und Rechte der ehemaligen Siegermächte unter Wahrung ihrer unterschiedlichen Rechtspositionen bestätigt. Die UdSSR verpflichtete sich, den Transitverkehr zwischen der BRD und West-Berlin zu erleichtern und nicht zu behindern. Einzelheiten dazu sollten beide deutsche Staaten unter sich aushandeln. Im Abkommen wurde nochmals auf den besonderen Status West-Berlins hingewiesen. Es sei kein Teil der Bundesrepublik und dürfe auch nicht von Bonn aus regiert werden*. Nach Abschluss der innerdeutschen Verhandlungen sollte das Abkommen Rechtskraft erlangen.

* Formell zwar richtig, und die Westberliner hatten auch einen anderen Personalausweis, doch faktisch war die Stadt ohne Hilfe der BRD nicht lebensfähig. Und so berücksichtigte und vertrat - im Einvernehmen mit den Westmächten - jede Bundesregierung auch die Interessen Westberlins. Nach deutschem





Fortsetzung von Seite 10

Verfassungsrecht war Berlin ein Land der BRD, doch konnten die Bundesorgane aufgrund alliierter Vorbehalte hier keine unmittelbare Staatsgewalt ausüben, sodass das GG der BRD nur bedingt gültig war. Ostberlin, für das nach Auffassung der Westalliierten ebenfalls der Viermächtestatus galt, fungierte seit der faktischen Eingliederung des Ostsektors in das Staatsgebiet der DDR (1949) als deren Hauptstadt.

Damals im Oktober

**Vor 90 Jahren (1921):
Oberschlesien geteilt**

Das Abstimmungsergebnis vom März '21 hatte kein deutliches Ergebnis zugunsten Deutschlands oder Polens ergeben. Deshalb sah sich der Völkerbund gezwungen, eine Entscheidung zu treffen. Die Polen wollten inzwischen Fakten schaffen und entfachten bewaffnete Aufstände gegen die Deutschen. Diese bildeten Selbstschutzorganisationen und Bürgerwehren, unterstützt von Freikorps-truppen, da das Reich nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages in Oberschlesien offiziell nicht eingreifen durfte. Bei Annaberg wurden die polnischen Aufständischen im Mai entscheidend geschlagen. Doch die deutschen militärischen Erfolge waren umsonst. Der Oberste Rat der Alliierten nahm die Empfehlung des Völkerbundesrates an und beschloss am 21.10. eine Teilung des Abstimmungs-

gebietes (die im Versailler Vertrag als Möglichkeit vorgesehen war) mit einer für Deutschland ungünstigen Grenzziehung. Das ost-oberschlesische Industriegebiet fiel fast ganz an Polen. Das waren 3213 qkm mit rund 1 Mill. Einwohnern. Hier hatten bei der Abstimmung rund 56 % der Bevölkerung für Polen votiert. Bei Deutschland verblieb der flächenmäßig größere, aber industriell weniger wertvolle Teil Oberschlesiens.

Das Kabinett Wirth wollte die Verantwortung für die Annahme der Entscheidung über die Teilung nicht übernehmen und trat einen Tag danach zurück. Kanzler Wirth (Zentrum) gelang es am 26.10., ein neues Kabinett zu bilden. In beiden Regierungen waren Sozialdemokraten vertreten. Der Reichstag nahm noch am gleichen Tag den Schieds-spruch an.

**Vor 40 Jahren (1971):
Nobelpreis für Willy Brandt**

Im Deutschen Bundestag liefen gerade die Haushaltsberatungen, als die Entscheidung des norwegischen Parlaments bekannt wurde: Bundeskanzler Willy Brandt sollte der Friedensnobelpreis 1971 verliehen werden. Als vierter Deutscher nach Gustav Stresemann (1926), Ludwig Quidde (1927) und Carl von Ossietzky (1935) wurde

Brandt auf diese Weise geehrt. Bundestagspräsident von Hassel (CDU) unterbrach die laufende Sitzung am 20.9., um die Ehrung bekannt zu geben. Er beglückwünschte Brandt mit folgenden Worten: "Herr Bundeskanzler, diese Auszeichnung ehrt Ihre aufrichtigen Bemühungen um den Frieden in der Welt und um die Verständigung zwischen den Völkern. Der ganze Deutsche Bundestag gratuliert ohne Unterschied der politischen Standorte Ihnen zu dieser hohen Ehrung". *

Das Nobelpreiskomitee teilte in Oslo zur Begründung der Verleihung mit, Brandt habe als Kanzler der BRD die Hand zur Versöhnung zwischen alten Feindesländern ausgestreckt. Im Geiste guten Willens habe er einen hervorragenden Beitrag geleistet, um die Bedingungen für einen Frieden in Europa zu schaffen.

* Das mit der Gratulation des "ganzen" Bundestags war so eine Sache. Der Autor erinnert sich: Man sah es vielen Oppositionsabgeordneten an, dass sie nur aus reiner Höflichkeit klatschten. Von Herzen kam ihr Beifall nicht, hatten sie doch Brandts Ostpolitik, für die er hauptsächlich geehrt wurde, aufs schärfste bekämpft. Sie griffen nicht nur Brandts Politik an, nicht wenige von ihnen auch seine Person. Die Ereignisse der folgenden Monate (Misstrauensvotum, hasserfüllter Wahlkampf mit Diffamierungen) ließen jeglichen Respekt vor dem Nobelpreis als solchem und dessen Komitee vermissen. ■

Rolf Allgaier — 80 Jahre alt

Im August konnte Rolf Allgaier seinen 80. Geburtstag feiern. Schon 2009 war es genau 50 Jahre her, dass Rolf Allgaier der SPD beigetreten war. Zur Ehrung seiner langjährigen Treue zur Partei stand im damaligen Roten Fuchsle folgender Beitrag, den wir hier in Auszügen wiederholen:





■■■ Fortsetzung von Seite 11

Lieber Rolf, du bist jetzt 50 Jahre in der SPD. Ein halbes Jahrhundert - eine fast unglaublich lange Zeit! Du könntest einen ganzen Roman schreiben, wie es jemandem erging, der in Ehingen nicht in das gängige farbliche Muster passte. Hinzu kam vor allem während deiner anfänglichen Zeit noch, dass es damals auch innerhalb des Ortsvereins unterschiedliche Meinungen gab, die nicht immer auf faire Weise ausgetragen wurden.

Umso dankbarer sind wir dir, dass du dieser Partei treu geblieben bist und die sozialdemokratischen Entscheidungen und Wertvorstellungen auch an Ehinger Stammtischen nicht versteckt, sondern immer offensiv vertreten hast.

Du hast auch oft genug verschmitzt erzählt, dass du bestimmte Beiträge aus dem Roten Fuchse ausgeschnitten und zum Stammtisch mitgenommen habest. Oft hätten dann deine Stammtischfreunde sehr beeindruckt geguckt, woher du diese Informationen denn habest. Sie haben durch dich also immer wieder Dinge erfahren, die sie sonst nirgends zu lesen bekommen hätten - und dies hat dich jedes Mal wieder aufs Neue erfreut. Schließlich haben sie dich ja als kompetenten Gesprächspartner gekannt. Du bist nicht nur Fachmann für Sozialdemokratie, sondern auch für Heim und Gartenbau, vor allem beim Obst. Baumpflege und -schnitt waren auch deine Welt, und dein Fachwissen darin ist enorm.

Außerdem gibt es zahllose Schreiben, in denen du mit philatelistischen Grüßen unterschreibst. Wenn's im Garten weniger zu tun gab, dann bist du nicht untätig aufs Sofa

gehockt, sondern hast dich im Verbund mit deinen Briefmarkensammlerfreunden wohl gefühlt und auch dort Verantwortung getragen.

Du warst im Gemeinderat, du warst unser Ortsvereinsvorsitzender, du warst Vorstandsmitglied und du warst auch lange unser Kassier. Wahrscheinlich ist die Liste unvollständig ... (Zum Beispiel warst du immer auch in der AWO ehrenamtlich tätig).

Zuletzt hast du über viele Jahre im Ortsverein das Amt des Kassenprüfers übertragen bekommen. Erst hast du Anfang Januar immer die Kasse genau geprüft, und dann hast du - in allen Ehren - auch das Obstwässerle sachkundig geprüft, das dir und deinem Mitprüfer unser Kassier Gerhard anschließend anbot.

Für alles, was du für die SPD tatest, sei dir hiermit aufrichtig danke gesagt. Du hast, was nicht allzu oft vorkommt, noch etwas ganz Besonderes geleistet: Du hast dem Ortsverein und der SPD deine liebe Gattin Hilde "zugeführt", die wir für stolze 40 Jahre Mitgliedschaft ebenfalls ehren dürfen. Auch deiner Hilde gilt unser Dank, dass auch sie so viele Jahre treues Mitglied geblieben ist.

Herzlichen Dank euch Beiden, lieber Rolf und liebe Hilde.

Klärle Dorner
Ortsvereinsvorsitzende

(erschieden im Roten Fuchse Nr. 191 vom Oktober 2009) ■



Rolf Allgaier (links),
als Wahlhelfer



Rolf Allgaier (links),
bei Versammlung (1996)



Rolf Allgaier (links),
beim Sommerfest
in Griesingen (1997)



Herbstfest 2011 der SPD Alb-Donau zusammen mit dem OV Ehingen

Samstag 17. September
ab 15.00 Uhr bis 20.00 Uhr im Hof,
Wäldele oder Schuppen bei Ludwig
und Klärle Dorner in 89608 Griesin-
gen in der Höhenstraße 101



Was gibt's?
Gespräche, Essen
und Trinken!



Getränke aller Art stiftet der
OV-Ehingen gegen eine klei-
ne Spende! :))

Helfer zum Auf- und Abbau gesucht!
Bitte bei Klärle melden!
e-Mail Klara.Dorner@gmx.de

Tel. 07391-
6866



Nachdem es mit dem Sommer nicht ganz so toll war, wollen wir es doch noch mit einem Herbstfest versuchen. Der Kreisvorstand und der Ortsverein Ehingen würden sich sehr freuen, wenn du mit deiner Familie und deinen Freunden dieses Angebot annehmen würdest. Man braucht auch einfach mal Zeit um miteinander zu reden und zu feiern. Wir freuen uns auf dein Kommen und erbitten Rückmeldung, wenn möglich bis spätestens Mittwoch den 14. September. Bitte auch Rückmeldung über Mitbringsel gehen.



Grillgut und Besteck bitte
jede/r selbst mitbringen!

Kuchenspenden, Salate und
anderes werden gerne in
Empfang genommen!



Bis dann

S. Anker
Kreisvorsitzende

Klärle Dorner
Ortsvereinsvorsitzende





Fortsetzung von Seite xx

Es stand vor
10 Jahren
im Roten Fuchsle

September 2001

- 179,80 DM für 21,3 Gramm Plastik. 's Rote Fuchsle wundert sich über hohe Peise in der Medizintechnik und vermutet, dass es auch erheblich günstiger sein könnte.
- "Wo der Storch noch Dorfbewohner ist." Gerhard Tessin berichtet in einem "Special" über Brandenburgs Nordosten.
- Der Kreisvorstand tagte am 24. Juni im Gasthaus Schwanen in Ehingen. Unser damaliger Abgeordneter Prof. Dr. Jürgen Meyer MdB hatte angekündigt, nicht nochmals für den Bundestag zu kandidieren. In der Sitzung wird Hilde Mattheis zur Kandidatur aufgefordert.
- Auf einer Fotoseite wird das Sommerfest des Ortsvereins dargestellt.

Oktober 2001

- "Wir verneigen uns ...
vor allen unschuldigen Opfern von Terrorismus, Krieg, Attentaten und Gewalt — wo immer und überall sie betroffen wurden."
- "Wir verabscheuen ...
jeden Hass, jeden Fanatismus, jeden Terror und jede Gewalt, unter welchem Vorwand an Ideologie, Weltverbesserertum, Pseudo-Religion oder sonstiger Weltanschauung er auch auftreten mag."
- "Wir stehen zu ...
Grund- und Menschenrechten, wie sie zuletzt auch in der Grundrechte-Charta der Europäischen Union niedergelegt wurden, und damit zu den ethischen Grundwerten unserer Gesellschaft, Kultur und Zivilisation."

Hintergrund: Die Flugzeugattentate auf das World Trade Center in New York (11. 9. 2001)

- 's Rote Fuchsle sinniert in einem Beitrag auch über die angekündigte Vergeltung durch die USA: "Bündnistreue ist nicht Vasallentreue". ■

⊗ (A)bgestimmt — wie?

's Rote Fuchsle berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben, oder, dass im Berichtszeitraum keine Sitzung stattfand bzw. dass sie an der Teilnahme verhindert waren. Sie haben dies freundlicherweise aus eigenem Entschluss mitgeteilt. Danke!

Klärle Dorner, Kreisrätin

- keine Sitzung im Befragungszeitraum

Manfred Hucker, Gemeinderat

- 1. Bebauungsplan 5. Erweiterung Liebherr (Aufstellungsbeschluss), Verlagerung der Verkehrsübungsanlage --- Ja
- 2. Skaterplatz Ehingen - Antrag der Initiative Junges Ehingen. Für den Bau einer Skateranlage habe ich zugestimmt, allerdings musste ich die Platzwahl (Berkacher Grund) ablehnen. Dieser Platz ist nach meiner Meinung nicht zu kontrollieren. Weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft.
- 3. Fortschreibung der Elternbeiträge in den Kindergärten und in der Kindergrappe --- Nein
- 4. Einführung der gesplitteten Abwassergebühr zum 01.07.2011 --- Ja
- 5. Vergabe für den Hochwasserschutz/Binnenentwässerung Ehingen-Berg --- Ja

Georg Mangold, Gemeinderat, Fraktionsvorsitzender Gemeinderat am 28.7.2011

- 1. Zustimmung zur Verlegung des Verkehrsübungsplatzes, damit sich die Fa. Liebherr nochmals erweitern kann. Der Platz ragt bisher wie ein Keil direkt in das Gelände der Fa. Liebherr. Nun wird er fast genau um 90° gedreht, sodass er neben den Liebherr zu liegen kommt. Schall- und Sichtschutzmaßnahmen sollen bei der Verlegung die Anwohner (Wenzelstein) und die Schüler (beim Besuch des Übungsplatzes) besser abschirmen.
- 2. Zustimmung zur BP-Änderung Wenzelstein II (Aufstellungsbeschluss). Die Grundstückseigentümer können künftig ihre Plätze besser nutzen (z.B. bei Anbauten, Umbauten ...) Der bisherige Plan stammte aus dem Jahre 1963.
- 3a. Zustimmung zur Anlage eines Skaterplatzes (gemeinsamer Antrag junges Ehingen, Grüne und SPD)
- 3b. Ablehnung des Platzes für die Skateranlage unter der Brücke der B311 im Berkacher Grund. Die Antragsteller wollten die Anlage im Hof des Jugendhauses ha-





ben. Die Mehrheit war leider anderer Ansicht. Nun kommt der Platz aber hoffentlich bald.

- 4. Ablehnung des Antrages auf Erhöhung der Kindergarten- und Kinderkrippegebühren. Im Antrag hieß es beschönigend nicht "Erhöhung", sondern "Fortschreibung" der Gebühren. Ich bin der Meinung, wir müssen mit den Ausstieg aus diesen Gebühren beginnen. Insgesamt müssen diese Gebühren zum Teil fallen.
- 5. Zustimmung zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühren. Der inhaltliche Beschluss liegt schon länger vor, diesmal wurde beschlossen diese Gebühr zum 1.1.2010 rückwirkend zu erheben. Dies war wegen der

Gebührenkalkulation, die von 2008 bis 2011 gilt, notwendig.

- 6. Wir nahmen noch einen erfreulichen Finanzbericht zum I. Halbjahr 2011 zur Kenntnis. Bisher gute Entwicklung der Gewerbesteuer.
- Im nichtöffentlichen Teil bekamen wir noch einen Zwischenbericht über das Vergnügungstättenkonzept, das von der Stadt auf Antrag des GR in Auftrag gegeben wurde. Inhaltlich kann ich mich dazu nicht äußern.

Martin Rivoir MdL

- Abstimmungsverhalten zum Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg: Absenkung des Quorums Volksabstimmung: Ja

Joachim Schmucker, Gemeinderat
Hier mein „Abgestimmt“ aus der GR-Sitzung 28.07.2011:

- Bebauungsplan 5. Erweiterung Liebherr: ja, was denn sonst?
- Skaterplatz
1. Teil: Stadt legt einen Skaterplatz an: ja
- 2. Teil: Standort Berkacher Straße: nein; wir haben uns räumliche Anbindung ans Jugendhaus gewünscht, unter der neuen B 311-Brücke.
- Erhöhung der Elternbeiträge nein, grün-rote Landesregierung strebt Gebührenfreiheit an. Dann muss nicht jetzt noch einmal in den Kindergärten und in der Kinderkrippe den Eltern in die Taschen gegriffen werden. ■

100-Tage-Bilanz

Grün-Rot tut Baden-Württemberg gut

Fraktionschef Claus Schmiedel: „Auch wenn der Konflikt um S 21 die positive Wahrnehmung der Regierungsarbeit noch trübt, sind doch viele wichtige Reformvorhaben bereits auf gutem Weg.“

Die 100-Tage-Bilanz der Regierung Kretschmann-Schmid zeigt nach Ansicht von SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel, dass Grün-Rot dem Land Baden-Württemberg gut tut. „Auch wenn der Konflikt um Stuttgart 21 die positive Wahrnehmung der Regierungsarbeit noch trübt, sind doch viele wichtige Reformvorhaben bereits auf gutem Weg“, sagte Schmiedel.

Auch Stimmung und Chemie zwischen den Koalitionären seien viel besser, als es der Dissens um S 21 vermuten lasse. „Ich gehe mit Minister Hermann auf die 100-Tage-Bilanz von Grün-Rot demnächst einen trinken“, kündigte Schmiedel augenzwinkernd an.

Wenn die Volksabstimmung einen Knopf an S 21 gemacht habe, werde deutlicher sichtbar sein, dass die grün-rote Landesregierung mit dem politischen Wechsel tatsächlich entschlossen, durchaus erfolgreich und mit großer

Zustimmung der betroffenen Menschen begonnen habe.

„Bei der Ein-Jahres-Bilanz im kommenden Frühjahr wird sich Grün-Rot vor Anerkennung und Lob nicht retten können, weil bis dahin in Baden-Württemberg die Weichen spürbar für wirtschaftliche Dynamik, solide Finanzen, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und gute Bildungschancen für alle gestellt worden sind“, unterstrich Schmiedel.

Martin Mandler, Pressesprecher
SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-711
Telefax: 0711 2063-714
mailto:martin.mandler@spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de
www.facebook.com/spdlandtagbw
www.twitter.com/spdlandtagbw ■



Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. (Grundgesetz Artikel 21)

's Rote Füchse hat wieder seine Leserschaft* gefragt, was sie von aktuellen Fragen hält.

(R)umgefragt

*Lust mitzumachen, auch wenn du auswärts wohnst?
Gerne! Einfach E-Mail an Rotes.Fuechsle@t-online.de



Das war die Frage: Strukturreform der SPD - Soll sich die Partei so öffnen, dass auch Nichtmitglieder unsere Kandidaten/-innen mitbestimmen können? Ist das angesichts schwindender Mitgliederzahlen die Chance für die Zukunft? Oder wird die Grundidee der Sozialdemokratie als Mitgliederpartei damit nur verwässert?

Lutz Deckwitz, Mühlen

Warum soll sich die SPD für Nichtmitglieder öffnen?

Zunächst sollte man sich die Frage stellen, weshalb ausgerechnet jetzt die Diskussion um dieses Thema geführt wird. Ist es eine Notwendigkeit, um eingefahrene Strukturen aufzubrechen oder um die schwächende Mitgliederzahl der alten Tante SPD mit diesem Mittel etwas aufzufrischen? Ich denke, die Diskussion ist notwendig, aber sie sollte zum Ziel haben, innerparteiliche Gespräche wieder zu politisieren.

Mein Eindruck ist, dass in der großen Politik die SPD es an Solidarität mit den eigenen Parteigenossen fehlen lässt. Innerparteilich Diskussion ja, nach Außen absolute Gemeinsamkeit zeigen wäre meines Erachtens wichtig. Gerade in diesen Zeiten, in denen der politische Gegner etwas schwächelt, wäre die angesprochene Gemeinsamkeit nach Außen wichtig. Was soll ich davon halten, wenn Genosse Gabriel etwas verlauten lässt und einen Tag später

äußert sich Andrea Nahles gegenteilig und Steinbrück und Steinmeier sagen auch noch ihre Meinung. Jeder kämpft um Pluspunkte und drängt sich in die Öffentlichkeit.

Sicher, andere Meinungen innerhalb einer Partei sind normal und wünschenswert, aber wäre es nicht klüger, dies innerparteilich abzuklären und erst dann in die Öffentlichkeit zu gehen? Richtig ist, die SPD war schon immer eine Partei der offenen Diskussion. Richtig ist auch, andere Meinungen wurden schon immer toleriert und trugen zur Lebendigkeit der politischen Diskussion bei. Dabei sollte nicht vergessen werden, nur gemeinsam sind wir stark.

Was hat das mit der Diskussion um Nichtmitglieder in der Partei zu tun? Ich glaube, sehr viel. Könnte es sein, dass es der Partei an politischen Mitgliedern fehlt? Politisch in dem Sinn, dass es insbesondere in sogenannten konservativen Gebieten schwieriger ist, sich zu einer politischen Partei im linken

Bereich zu bekennen, also wenn man in der Minderheit ist, während man in eher industriellen Bereichen einer Gesellschaft als Linker oder Sozialdemokrat doch mehr Rückhalt in der Bevölkerung hat.

Ich bin der Meinung, der SPD fehlt es an Mitgliedern. Den sogenannten Volksparteien SPD, CDU und FDP laufen die Mitglieder und Wähler davon. Und der Wähler fragt sich, egal was ich wähle, es bleibt immer bei den gleichen Machtverhältnissen, sprich, die Politik vertritt nicht mehr die Meinung des Wählers oder sie regiert am Bürger vorbei. Und ich verhehle nicht, die SPD steht im Verdacht, nicht mehr Vertreter des Mannes im „blauen Anton“ zu sein. Ich weiß aber auch, dass sich unsere Arbeits-Gesellschaft weg von dem vorgenannten „blauen Anton“ bewegt hat und weiter wegbewegen wird.

Jugend ist gefragt. Das wäre eine Möglichkeit, die Partei zu öffnen. Woran liegt es, dass wir im Ortsverein Ehingen relativ wenig Jugendliche haben? Sind





Fortsetzung von Seite 16

wir alle, sorry, auch ich, zu antiquiert und nicht attraktiv für Jugendliche? Nichts gegen unsere JUSOS, aber in Ehingen und Umgebung existieren sie in der Öffentlichkeit kaum. Das ist jetzt kein Vorwurf, aber feststellen darf man das wohl. Gibt es überhaupt im Raum Ehingen noch Jugendliche, die sich für die SPD begeistern könnten? Und wenn nein, warum?

Also kommen wir zu der Frage zurück, könnte man diesen Zustand unserer Partei mit der Öffnung für Nichtmitglieder ändern?

Meine Meinung dazu ist: Ein klares Bekenntnis zu einer politischen Vereinigung ist mir lieber als ein WischiWaschi-Bekenntnis, und zudem kann eine politische Partei auch einen gewissen politischen Weitblick erfüllen.

Das wäre dann schon etwas. Gespannt bin ich darauf, wie unser Thema sich in der Partei niederschlägt und was die Öffentlichkeit dazu meint. Tatsache ist, spektakuläre Öffentlichkeit haben in letzter Zeit meistens außerparlamentarische Organisationen erreicht. Stuttgart 21 ist ein Beispiel dafür und ich glaube, dass dies in Zukunft noch öfters der Fall sein wird. Der sogenannte „Wutbürger“ glaubt nicht mehr so recht an die Politik und die politischen Organisationen. Dabei sollte man dem Wähler auch einmal sagen, welche Kärnerarbeit in der Politik allgemein und im Besonderen in den Parlamenten geleistet wird, egal ob in Gemeinderäten oder im Bundesparlament.

Vermutlich tragen auch unsere Medien zu einer speziellen

Politikverdrossenheit bei. Alles wird berichtet und bis ins Kleinste analysiert und nichts positiv bewertet. Negatives hat in unseren Medien Vorfahrt und macht es deshalb allen Parteipolitikern schwer, ihr ehrliches Bemühen dem Bürger nahe zu bringen.

Gerade deshalb sollten wir SPD-Mitglieder uns mehr mit Leserbriefen in der örtlichen Presse zu tagesaktuellen Problemen äußern. Nicht immer werden wir Erfolg haben, aber Kleinvieh macht auch Mist.

Stefan Enderle, Ehingen

Auch ich möchte zu diesem Thema meine Meinung kundtun. Meiner Meinung nach ist eine Mitbestimmung von Personen außerhalb der Partei der größte Nonsens, der uns einfällen kann.

Die Leute sollen in die Partei eintreten, wenn sie mitbestimmen wollen, mitreden können sie ja schon.

Wir könnten da ja gleich einen Telefon-TED einführen und die Zukunft der SPD von Millionen oder Tausenden von anonymen Klicks abhängig machen.

Sollen unsere politischen Gegner auf Versammlungen über unsere Zukunft mitbestimmen können??? Hier sollte man ein klares NEIN sagen!!! Wer mitreden will, ist jederzeit willkommen, wer mitentscheiden will, soll gefälligst in die SPD eintreten.

Wir brauchen nicht nur Dummschwätzer, sondern Mitunterstützer!

Veit Feger, Ehingen

Ich bin kein SPD-Mitglied, hab hier also eigentlich nix zu bestellen. Füchse-Chef L.

Dorner hat aber auch mich als (Füchse-freundliches) Nicht-Mitglied nach meiner Meinung gefragt.

Meine Empfindung lautet so:

Dass Nicht-Mitglieder bei Kandidatennominierungen mitbestimmen dürfen, ist ein harter Eingriff in das Leben der Partei.

Ich meine: So etwas sollte die Parteiführung nur zulassen, wenn in einer speziellen Mitgliederbefragung mindestens zwei Drittel eine solche Änderung der Parteisatzung akzeptiert haben.

Mitglieder können ein Nicht-Mitglied in ein Amt wählen oder für eine Kandidatur nominieren, aber das Wahl- und Nominierungsrecht selbst sollten die Mitglieder nicht aus der Hand geben oder nur nach einer Abstimmung mit einer „krassen“ Mehrheit für die vorgeschlagene Satzungsänderung.

Anton Glöggler, Blaubeuren

Weil wir Blaubeurer Vorstandsmitglieder miteinander reden ist die (R)umfrage auch bei mir angekommen. Den Anmerkungen von Genosse Karl-Heinz ist nichts hinzuzufügen.

Trotzdem meine persönliche Meinung: Durch Schielen und Hören nach links und rechts, um eine vermeintliche politische Mitte zu erkennen (dazu noch mit Hilfe von Außenstehenden), ist nichts erreicht. Diese Vorgehensweise zeigt die ganze Ideen- und Mutlosigkeit der SPD-Aufsteiger und bedeutet gleichzeitig die Abwertung der Kompetenz von Parteimitgliedern und -Gremien. Nur klare politische Aussagen, die von Innen kommen, überzeugen und motivieren die Wählerinnen und





■■■ Fortsetzung von Seite 17

Wähler. Das konnte die SPD einmal, dorthin müssen wir zurückkehren.

Karl-Heinz Irgang, Blaubeuren

Gerne bin ich wieder als (R)umgefragter dabei.

Ob es einer derartigen Strukturreform unserer SPD bedarf um wieder kampagnenfähig mit scharfen Konturen zu werden, das möchte ich doch bezweifeln. Kreative Anpassungsprozesse an die Veränderungen des Lebensumfeldes der Menschen waren schon immer vonnöten; sicher, man kann feststellen, dass diese samt sozialdemokratischer Ideen im neuen Jahrtausend reichlich unter die Räder geraten waren.

Defizite in den politischen Inhalten und damit der Verlust an Akzeptanz sowie an Motivation für den eigenen Antrieb der Menschen sind mit Strukturreformen niemals auszugleichen. Hier müssen wieder konturenscharfe Inhalte in einem Spannungsfeld von links und rechts erkennbar und für die Menschen berechenbar werden. Diese Unsicherheit des Sowohl als auch mit vorgeblichen Blicken zur Mitte, wie es die sogenannten Netzwerker in unserer SPD verbreiten, eigentlich aber damit nur ihr eigenes Vorankommen zu tarnen versuchen, dieses muss wieder aufhören. Insofern sehe ich die proklamierte Öffnung für Nichtmitglieder bis hinein in Entscheidungsbereiche als weitere Instrumentierung auf diesem Abweg.

Interessierte Menschen in die Diskussion bzw. in die Erarbeitung von politischen Inhalten einzubeziehen ist ganz sicher richtig und findet mindestens auf der Ebene

kommunaler Arbeit bereits erfolgreich statt.

Letztgültige Entscheidungen durch Mitgliedervoten in deutlich verstärktem Maße würden dann auch zweifelsohne die Attraktivität einer sozialdemokratischen Mitgliedschaft stärken, und darum muss es uns doch gehen.

Bitte nach dem Verwässern des inhaltlichen Parteiprofils durch neoliberales Gequatsche nicht auch noch den Wert als Parteimitglied fragwürdig werden lassen!

Manfred Kistler, Nasgenstadt

Ich bin dagegen. Eine solche Öffnung würde kurzfristige Modetrends stärken. Eine nachhaltig wirksame Politik würde behindert. Langfristige Ziele könnten kaum mehr verfolgt werden. Siehe dazu auch die Nachteile der reinen Persönlichkeitswahl.

Alex Kübek, Untermarchtal

Also meiner Meinung nach sollten nur Mitglieder die Kandidaten-/innen bestimmen.

Ich glaube, wir als Sozialdemokraten sollten uns nicht für unsere Grundideen schämen müssen, sondern wir sollten die Partei wieder attraktiver machen, so dass wieder mehr Leute Interesse an der Parteiarbeit finden und sich auch im Sinne ihrer Grundsätze identifizieren.

Die SPD sollte einfach wieder zu den Grundwurzeln zurückfinden, sich mehr für wichtige Themen einsetzen - die Kluft zwischen Arm und Reich klafft immer mehr auseinander.

Themen wie Arbeit, Arbeitslosigkeit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gerechte

Entlohnung, soziale Arbeitsbedingungen sollten wieder in den Vordergrund rücken.

Hierbei sollten viele Meinungen gehört werden, auch kritische.

Georg Mangold, Ehingen

Eine Öffnung der Partei wäre wünschenswert. Allerdings muss eine Organisationsform gefunden werden, dass eine Nähe der "Nichtmitglieder" zu den Grundideen der Sozialdemokratie erkennbar wird. Dies kann aber nicht durch Befragung, sondern nur durch Mitarbeit geschehen. Wir hatten immer "Nichtmitglieder" auf der Kommunalliste, aber diese "Nichtmitglieder" waren keine Fremden, sondern haben in der Partei immer schon längere Zeit mitgemacht. Ich denke dabei z.B., aber nicht nur, an Gottfried, Katja, Elisabeth.

Gerhard Müller, Ehingen

Wenn ich in einer Partei mitbestimmen will, dann trete ich in diese ein. Wenn ich aber auch ohne Mitgliedschaft mitbestimmen kann, warum soll ich dann Mitglied werden? Ich finde, mit dieser Idee tun wir unserer Partei und der Sozialdemokratie keinen Gefallen.

Gerhard Tessin, Ehingen

Da habe ich erhebliche Bedenken. Die ersten Gedanken sind: Amerikanische Verhältnisse. Kandidatenkür nach Beurteilung der Bildzeitung. Wer soll da abstimmen? Nur Sympathisanten (wie erkennt man die?) oder Neutrale oder gar auch Anhänger der politischen Gegner? Nein, im Ernst, ich sehe da das Problem, das sich schon aus der Fragestellung ergibt, nämlich dass





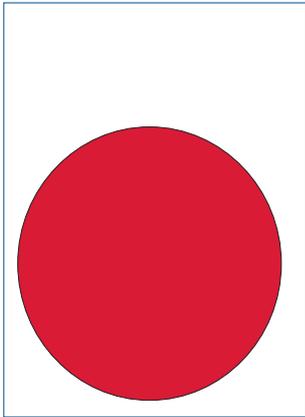
Fortsetzung von Seite 18

Nichtmitglieder Kandidaten mitbestimmen können. Einflussreiche Interessengruppen, die mit der Sozialdemokratie wenig am Hut haben, könnten versuchen, ihnen genehme Kandidaten/innen zu

unterstützen. Medien könnten die öffentliche Meinung beeinflussen. Popularität geht dann vor politischem Sachverstand. Siehe die Vorgänge um zu Gutenberg!

Meine Meinung entspricht

meinem gegenwärtigen Kenntnisstand, könnte sich aber bei Vorliegen überzeugender Vorschläge auch noch ändern. ■



Der Dienstagstreff



Protokoll vom
2. August 2011

Stephanie Bernickel

Da der Dienstagstreff im August geprägt war von Hildes Vorstellung des SPD-Vorschlags für eine Pflegereform und der anschließenden Diskussion über dieses Thema, möchte ich in diesem Protokoll den Reformvorschlag "Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken" vorstellen.

Seit Einführung der Pflegeversicherung ist die Zahl der Pflegebedürftigen kontinuierlich gestiegen. Da diesem Anstieg aber ein wachsender Mangel an Pflegekräften entgegen steht, sieht die SPD dringenden Handlungsbedarf. Das Gesamtkonzept der SPD versucht in sechs Punkten die aktuelle Situation zu analysieren und Wege aufzuzeigen, wie die Struktur der Pflegeversicherung in den nächsten Jahren aussehen soll.

1. Unterstützung und Sicherung von Teilhabe für Pflegebedürftige

Neben der Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der zukünftig weiter gefasst werden soll, um die Hürden der anerkannten Pflegebedürftigkeit durch Einstufung in eine Pflegestufe zu senken, müssen wohnortnahe und trägerunabhängige Pflegestützpunkte ausgebaut werden.

Desweiteren soll die Pflegequalität durch regelmäßige Überprüfung der Pflegedienste verbessert und der Zuschuss für Umbaumaßnahmen im Rahmen von altersgerechtem Wohnen verdoppelt werden.

2. Entlastung von Pflegepersonal — Entlastung von Pflege und Beruf

1/3 der Pflegebedürftigen werden in Einrichtungen, 2/3 zu Hause gepflegt. Von diesen 2/3 wird 1/3 ausschließlich von ihren Angehörigen gepflegt. Diese Tatsache macht es notwendig die Situation der pflegenden Angehörigen zu verbessern. Konkret soll dies durch die Einführung einer Lohnersatzleistung, analog der "Elternzeit" bzw. des "Elterngeldes" erfolgen. Analog zum Kinderkrankengeld soll auch bei plötzlich eintretender Pflegebedürftigkeit ein Anspruch auf eine bis zu zehn Tage andauernde bezahlte

Freistellung bestehen.

3. Gute Arbeit für Pflegefachkräfte

Auf Grund des wachsenden Mangels an Pflegekräften ist es unausweichlich die Attraktivität des Pflegeberufes zu erhöhen. Dies soll durch eine generalistische Erstausbildung von Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege mit einer daran anschließenden weiterführenden Spezialisierung erfolgen. Ebenso muss in der Pflege leistungsgerechter bezahlt werden und zwar unabhängig ob in Ost- oder Westdeutschland.

4. Aufbau kommunaler Infrastruktur

Das Augenmerk der Kommunen muss neben der ganzheitlichen Betreuung von Kindern auch auf die ganzheitliche Betreuung von älteren Menschen gelegt werden. Die häusliche Pflege für Einzelpersonen muss flexibler





■■■ Fortsetzung von Seite 19

gestaltet und von den Pflegekassen stärker zur Versorgung in ländlichen Räumen genutzt werden. Aber auch die Möglichkeit einer 24-Stunden-Pflege durch institutionelle und individuelle Hilfe sollte angedacht werden. Zur Umstrukturierung der bestehenden Strukturen und zum Aufbau einer flächendeckenden Pflegeinfrastruktur sollen die Kommunen von der Pflege-

kasse 500 Mio. Euro erhalten.

5. Stärkung von Prävention und Rehabilitation

Der bisher im fünften Sozialgesetzbuch verankerte Anspruch auf Rehabilitation muss konsequenter umgesetzt werden. Daneben ist es notwendig die Kooperation zwischen stationären Einrichtungen und fachärztlicher Behandlung auszubauen und

zu stärken, um hier auch vorbeugend tätig zu werden.

6. Sicherung einer solidarischen Finanzierung

Zur Finanzierung dieser Reform ist die Einführung einer "Bürgerversicherung Pflege" unerlässlich. Denn nur so wird eine einkommensabhängige Finanzierung erreicht, die alle gerecht ihrem Einkommen entsprechend beteiligt. ■

Protokoll vom Dienstagstreff am 6. September 2011 - Stephanie Bernickel

Thematisch ging es am vergangenen Dienstagstreff um zwei Themen. Zum einen das Thema Jugendgemeinderat und zum anderen um das Thema Betriebskindergärten. Den Großteil der Diskussion machte dabei der Jugendgemeinderat aus. Deswegen möchte ich darauf auch das Hauptaugenmerk legen. Zu Beginn möchte ich meine einführenden Worte anbringen:

Vor der OB-Wahl im vergangenen Jahr antwortete Herr Baumann auf die Frage, ob er die Einführung eines Jugendgemeinderates unterstützen würde, folgendermaßen: "Interesse und Beteiligung am kommunalen Geschehen halte ich gerade bei jungen Menschen für unterstützenswert. Ein Jugendgemeinderat kann eine Möglichkeit dazu sein, sollte allerdings von einer breiten Basis junger Menschen auch getragen werden."

Nach einigen erfolglosen Vorstößen unserer Gemeinderatsfraktion ist es nun an der Zeit diese Idee endlich umzusetzen.

Warum setzen insbesondere wir Jusos im Alb-Donau-Kreis uns ein, nochmals einen Versuch in diese Richtung zu starten?

Es gibt keine bessere Möglichkeit für junge Menschen, die Spielregeln unserer Demokratie zu lernen,

als durch aktives Teilhaben. Denn schließlich heißt Teilhaben nicht nur passiv wählen zu gehen, sondern auch mitentscheiden zu können.

Eines liegt uns Jusos bei dieser Diskussion ganz besonders am Herzen: Wir wünschen uns, dass wirklich alle Jugendlichen in unserer Gemeinde die Möglichkeit bekommen mitzubestimmen. Das heißt, dass das Recht auf Wahl nicht nur für die jungen Menschen vorhanden sein darf, die auch für die Kommunalwahlen wahlberechtigt sind. Wir würden damit einen aktiven Beitrag zur Integration leisten, den Jugendlichen mit Migrationshintergrund unser demokratisches System näher bringen und, so weit dies noch nicht geschehen sein sollte, den einen oder die andere davon überzeugen, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, weil sie so eine Möglichkeit sehen, sich hier wirklich zu Hause zu fühlen.

Aktuelle Situation in Baden-Württemberg: Der erste deutsche Jugendgemeinderat und gleichzeitig der erste Jugendgemeinderat in Baden-Württemberg wurde 1985 in Weingarten gegründet. Inzwischen liegt die Zahl der Gemeinden, die einen Jugendgemeinderat haben, bei 90. Bei einer gesamten Gemeindezahl in Baden-Württemberg von 1101 bedeutet das einen Prozentsatz von knapp 9%.

Welchen Nutzen hat die Stadt Ehingen?

Nach Angaben des statistischen Landesamtes hatte Ehingen im Jahr 2009 25.702 Einwohner. Davon waren 22,4 % unter 25 und somit im wahlfähigen Alter für einen Jugendgemeinderat. Durch die Einführung eines Jugendgemeinderats gibt die Stadt jungen Menschen in unserer Gemeinde die Möglichkeit, aktiv am politischen Geschehen in unserer Stadt teil-





zuhaben und dieses auch nach ihren Wünschen und Vorstellungen mitzugestalten. Desweiteren würde die Stadt Ehingen auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle in unserem Landkreis übernehmen.

Viele Gemeinden in Nachbarlandkreisen haben Jugendgemeinderäte eingeführt. Nur im Alb-Donau-Kreis scheint diese Art von Teilhabe noch nicht angekommen zu sein. Wäre es nicht endlich an der Zeit, diesen Zustand zu ändern?

Für den Großteil der Anwesenden schien es an der Zeit zu sein, diesen Zustand zu ändern.

Mein Eindruck, den ich durch die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Wolf erlangen konnte, ist allerdings, dass die Stadtverwaltung aktuell keinen Handlungsbedarf sieht.

Die Risiken, die Herr Wolf genannt hat, unter anderem die Befürchtung, dass die Aktivität der Jugendlichen im Laufe der Zeit nachlassen könnte, kann man durchaus nachvollziehen. Doch woher will man wissen, auf welche Akzeptanz eine solche Institution in Ehingen stoßen würde,

wenn man es nicht ausprobiert?

Natürlich ist es immer einfacher, Risiken aufzuzeigen und Gründe zu nennen, die gegen eine Einführung sprechen, als sich Gedanken zu machen, welche Möglichkeiten es gibt, Jugendliche von der Idee der aktiven politischen Teilhabe zu überzeugen.

Einen kleinen Hoffnungsschimmer am Horizont gibt es allerdings doch noch. Mit dem Hinweis auf die Zukunftswerkstatt der Stadt im kommenden Frühjahr hat Herr Wolf versucht, die Enttäuschung etwas zu mindern und einen Weg aufzuzeigen, wie es doch noch möglich sein könnte, mit einer breiten Basis über die Einführung eines Jugendgemeinderates zu diskutieren. Doch ob letztendlich der Mut bewiesen wird, neue Wege in unserer Gemeinde zu gehen, bleibt abzuwarten.

Beim Thema Betriebskindergärten war die Diskussion an diesem Abend weniger aufregend.

Es hat uns sehr gefreut, dass sich die Stadt in

Gesprächen mit Ehinger Unternehmen befindet und aktiv über die Einführung eines Betriebskindergartens nachgedacht wird.

Betriebskindergärten werden in den nächsten Jahren immer mehr an Bedeutung gewinnen. Weiche Standortfaktoren, die jungen Familien die Entscheidung erleichtern, in einer Stadt zu leben und ihre Kinder großzuziehen, sind ein nicht zu unterschätzender Parameter insbesondere für eine Gemeinde wie Ehingen, die von der Attraktivität ihrer Unternehmen lebt.

Abschließend möchte ich mich bei Herrn Wolf für seinen Besuch bei unserem Dienstagstreff bedanken.

Es wurde kontrovers diskutiert und er hat viel aushalten müssen. Ich hoffe aber, dass er auch etwas mitgenommen hat und unsere Standpunkte nun etwas besser verstehen kann. ■



Abb.: (1) Bürgermeister Wolf stellt seinen Standpunkt dar; (2) die Chefs der Ehinger Presse sind aufmerksame Zuhörer (links: Klaus Wieschemeyer, Schwäbische Zeitung, Andreas Hacker, Südwestpresse); (3)-(5): mitdiskutieren, zuhören, Protokoll führen — Fotos: (1) Stephanie Bernickel, (2)-(5) LD



Entwicklungshilfe unter ethischen Gesichtspunkten

Wir, die Weltbekehrer

Manfred Kistler

Wir sind gerade dabei, eine teure politische Ohrfeige zu kassieren. Unser Einsatz in Afghanistan ist am Scheitern. Wir haben uns wieder einmal in etwas eingemischt, was uns nichts angeht. Auch diesmal sind wir etwas zu schnell unserer politischen Führung gefolgt, obwohl diese mit den Menschen im islamischen Raum nicht umgehen kann. Auch wenn hochrangige Politiker der Meinung sind, Islam und Abendland hätten eine gemeinsame Kultur, meine Beobachtungen zeigen etwas anderes. Ich interessierte mich für die Weltreligionen. Deshalb unternahm ich verschiedene Studienreisen, unter anderem nach Syrien und in den Jemen. In einigen Beziehungen kann der Jemen mit Afghanistan verglichen werden.

Um zu verstehen, was in den islamischen Ländern vor sich geht, muss man deren Kulturen näher anschauen und mit unserer vergleichen.

Zunächst die Religion. Juden, Christen und Muslime haben die gleiche Grundlage, die Bibel AT (Altes Testament) und Moses. Juden und Christen sind für die Moslems "befreundete Ungläubige". Seit dem zweiten Vatikanischen Konzil ist der Islam für die Katholiken auch eine Religion, mit der das Paradies erreicht werden kann. Gott und die wesentlichen Kerngebote sind gleich, Gottes Bodenpersonal legt sie aber anders aus.

Das Christentum orientierte sich vorwiegend nach Europa. Der Islam entstand ca. sechs Jahrhunderte später, weil die damals im Orient gängigen Religionen die Bedürfnisse der arabischen Länder und auch der nordafrikanischen Gebiete nicht abgedeckt haben. Die Ausbreitungsrichtungen waren damit vorgegeben. Im Islam entstand für einige Jahrhunderte eine geistige, wissenschaftliche und handwerkliche Hochkultur, der das Christentum damals nichts entgegenzusetzen hatte. Die

schnelle Ausbreitung des Islam in alle Richtungen war möglich, weil keine ernstliche Gegenwehr vorhanden war. Ab der ersten Jahrtausendwende flachte der islamische Vorteil ab, die Christen holten kulturell auf und überholten.

In den von den Muslimen beeinflussten Gebieten war Platz für die Juden und die Christen.

Sie lebten größtenteils bis in die Neuzeit friedlich, aber nicht gleichberechtigt, nebeneinander. So richtigen Ärger gab es erst, als die Katholiken in Spanien die Mohammedaner aus dem Land trieben. Wer sich zum katholischen Glauben bekehren ließ, durfte bleiben. Diese [Neu-Christen] wurden dann kurze Zeit später zusammen mit den Juden ausgeraubt und vertrieben.

Religiöse Eiferer zettelten die Kreuzzüge an, um die Heiligen Stätten in Palästina zu "befreien". Es kam zu blutigen Auseinandersetzungen und nur kurzfristigen Siegen. Der Stauferkaiser Friedrich II widersetzte sich dem päpstlichen Wunsch und einigte sich mit den Mohammedanern. Auf Grund dieser Einigung wird

den Christen bis heute freier Zugang zu den heiligen Stätten gewährt. Weil Friedrich II die Mohammedaner nicht abschaltete, wurde er vom Papst mit dem Kirchenbann belegt.

Der konservative Kurs der Christen mündete in mehrere Spaltungen, zuerst in die Orthodoxen, dann in die reformierten Kirchen. Das Zeitalter der Aufklärung, Ende des 18. Jahrhunderts, beeinflusste auch die christlichen Kirchen in liberalem Sinne.

Auch im Islam fanden Spaltungen statt, sie liberalisierten aber nur in wenigen Fällen.

Eine Episode im Sinne unserer Aufklärung fand nicht statt. Diese Religion wurde im Laufe der Jahrhunderte immer konservativer. Es entstanden auch radikale fundamentalistische Strömungen, die die Lehre des Islam sehr eigenwillig und zu ihrem Nutzen zurechtbogen. In den Islam kommt man durch das Zitieren des islamischen Glaubensbekenntnisses und man verlässt es nie mehr. Wer es trotzdem verlässt, ist mit dem Tode bedroht.

Die Gesellschaft in den isla-





Fortsetzung von Seite 22

mischen Staaten entwickelte sich wie deren Religion.

Grundlage ist die heutige Auslegung des Koran, der damit verbundenen Auslegungsbücher (Sunna) und der islamischen Rechtsprechung (Sharia).

Was der Koran nicht verbietet, ist erlaubt. Was im Koran steht, ist unabdingbare Wahrheit.

Was Allah gewollt hat, hat Mohammed in den Koran geschrieben. Die Lehre des Islam regelt alles von der Zeugung bis zur Beerdigung. Einflüsse anderer Kulturen wurden bis in die Neuzeit abgewehrt. Es entstanden teilweise archaische Strukturen. Wird der Koran befolgt, leidet kein Moslem Hunger oder Durst, er hat das Recht auf Bakschisch [Almosen] und zwar soviel, wie er am Tag benötigt.

Die Familie ist die kleinste Gemeinschaft, jedoch nicht die Wichtigste.

Sie wird größtenteils auch heute noch durch die Eltern gefügt. Insbesondere Frauen werden sehr jung verheiratet, unmittelbar nach Erreichen der Geschlechtsreife. Die Erlebnisse der Liebe und die sexuellen Erfahrungen bleiben so ausschließlich der Ehe vorbehalten. ("Meine Eltern werden mir nie einen schlechten Ehegatten aussuchen.") Die Scheidungsquote liegt bei 3%!

Die Großfamilie ist die logische Gemeinschaft von Kindern, noch unreifen jungen Ehepaaren, erfahrenen Eltern und hilfsbedürftigen Alten.

Mehrere Großfamilien bilden den Stamm oder auch Clan. Er ist der wichtigste Verband im gesamten Staatswesen. Ohne Zustimmung der Stämme kann der Staat in der Regel

nichts erreichen. Das Volk wird im Staat repräsentiert durch die Vertreter der Clans und der Stämme. Diese Parlamentarier vertreten jedoch die Meinung der Stammeschefs und nicht die des Volkes. Wer sich dieser Regel nicht beugt, verliert seine Pfründe. Eine Demokratie in unserem Sinne ist also nicht üblich.

Dem Volk und hier insbesondere den Frauen fehlt auch die entsprechende Bildung.

In einem Volk, in dem zwölfjährige Buben bereits die Kalaschnikow wie selbstverständlich auf dem Rücken tragen, erübrigt sich die Frage, wer die Staatsgewalt ausübt (Jemen). Hier liegt wohl alle Gewalt beim stärkeren Demagogen.

Umweltschutz ist in der Bevölkerung noch kein Thema. In den Straßen fallen vor allem weggeworfene Dosen, Plastikfolien und Plastiktüten auf. Also Abfälle, die durch uns in diesen Ländern eingeführt wurden. Bisher hat die Dorf- bzw. die Stadtgemeinschaft alle Abfälle auf die Straße geworfen. Die Abfälle wurden durch andere Gemeinschaftsmitglieder und Tiere weiterverwertet.

Ziegen und Schafe fressen aber weder Kunststoff noch Blech.

Beste Erfolge zeigt vordergründig unsere Gesundheitshilfe. Das Lebensalter steigt, die Kindersterblichkeit sinkt. Das bedeutet aber, die Bevölkerung wächst plötzlich sehr schnell, die Lebensgrundlagen wie Nahrungsmittel und vor allem Wasser sind jedoch beschränkt.

Unser gut gemeinter Segen kann hier zum

Fluch werden.

Unsere christliche Kultur gebietet Not leidenden Menschen zu helfen. Aber wo können wir denn eigentlich wirksam helfen?

Es ist zunächst zu unterscheiden zwischen aktueller Nothilfe und langfristiger Entwicklungshilfe. In diesem Aufsatz soll die Entwicklungshilfe betrachtet werden.

Die wichtigste Regel ist zunächst: Die Hilfe, die wir bringen, muss zu den betroffenen Menschen passen.

Wollen wir die Menschen an die Hilfe anpassen, scheitert diese spätestens, wenn wir uns umdrehen.

Basis für jede Entwicklung ist die Schaffung eines menschenwürdigen Daseins für das Notleidende Volk.

Die Ernährung muss mit landesüblichen Nahrungsmitteln sichergestellt werden. Mit importierten Nahrungsmitteln steigt die Abhängigkeit von der Weltwirtschaft, oft können sie auch auf Dauer nicht bezahlt werden. Die Gefahr von eingeschleppten Krankheiten steigt mit dem Import. Es können Unverträglichkeiten auftreten (z.B. bei Milchprodukten in Asien).

Wasser, das für die Bevölkerung genießbar ist, muss bereitgestellt werden.

Unsere Maßstäbe für Qualität gelten hier nur bedingt. (z.B. Gangeswasser ist für einen Inder unbedenklich, für einen Europäer jedoch das pure Gift.) Die Brunnen sind nach Beschluss des Stammes zu planen und von diesem auch zu bauen, sonst sind sie nichts wert. Planungshilfe, Geld für die Löhne und Bereitstellung der Handwerkszeuge ist unsere Arbeit dabei. Baumaschinen sind selten notwendig.

Die Leute brauchen Arbeit, mit der sie ihr tägliches Brot





■■■ Fortsetzung von Seite 23

verdienen und ihre Familien ernähren können, und keine Bagger.

Es gilt ein flächendeckendes Gesundheitswesen aufzubauen. Grundlage sind Sanitätsstationen auf den Dörfern. Die bisherigen "Heiler" sollten möglichst miteinbezogen werden. Die Bevölkerung glaubt diesen Personen eher als fremden Helfern. Können die Helfer die Heiler weiterbilden, ist zunächst der größte Erfolg gegeben. Die Heiler können sich auf die ortsüblichen Erfahrungen von Generationen stützen. Auch die Geburtshilfe und die Beratung der Frauen in der Empfängnisverhütung sollte hier angesiedelt werden. Einheimische Geburtshelferinnen sind ja vorhanden. Ihre Weiterbildung ist dringend erforderlich.

Die einfachen Leute sind öfters nach ihrer Meinung zu fragen.

Kann die Person antworten, ist sie stolz, ist sie unsicher oder weiß sie nichts, erhält sie eventuell den Ansporn, sich zu informieren oder sich weiterzubilden. Die Entfaltung der Persönlichkeit wird dadurch gefördert.

Informationsmöglichkeiten, die das Leben oder die Berufsausübung erleichtern, sind aufzubauen. Diese Informationen sind durch Einheimische zu geben, sie haben besseren Kontakt zu ihren Landsleuten als Fremde. So werden die Informationen eher für die eigenen Bedürfnisse eingesetzt.

Kurz, ohne aktive Einbeziehung der Beteiligten und deren Einverständnis ist ein Erfolg der Hilfe nicht möglich.

Wie können wir helfen?

Müssen wir vor Ort eigentlich selbst tätig sein oder wäre es nicht besser, ein kulturell nahe stehendes Volk zu beauftragen und zu unterstützen.

Könnten z.B. die Türken im islamischen Raum nicht viel mehr erreichen als wir?

Wir müssen erkunden, wer der eigentliche Führer des Staates ist. Hat der, der sich als Führer ausgibt, eigentlich überhaupt etwas zu bestimmen (siehe Stammeseinflüsse)? Der wahre Führer muss die Hilfe wünschen. Vielleicht müssen wir für die Hilfe den Staat in die Stammesgebiete aufteilen. Es versteht sich von selbst, dass darauf zu achten ist, dass die Hilfsbedürftigen die Hilfe auch annehmen wollen.

Ich sehe den Angelpunkt für eine wirksame Hilfe zuerst in der Bildung.

In einem Land, in dem die Analphabetenquote sehr hoch ist, kann man dem Volk fast alles erzählen. (Jemen: Analphabeten Männer 30%, Frauen 70%.) Alphabet ist, wer seinen Namen schreiben und den Koran lesen kann.

Da die Erziehung und auch die Bildung in frühester Kindheit beginnt, muss auch hier zuerst angesetzt werden. Träger dieser frühen Bildung sind die Mütter und die Frauen der Großfamilien. Wird diesen Frauen geholfen, ist ein guter Erfolg für die nächsten Jahre zu erwarten. Insbesondere kann die Neugier auf Neues und die Lernbereitschaft geweckt werden. Die Belohnung eines Schulabschlusses könnte auch die Eltern zur Duldung eines Schulbesuchs veranlassen.

Die Elementarschule muss erreichen, dass nahezu alle

Kinder schreiben, lesen und rechnen können. Für das Lesen sollte als Maßstab das Lesen einer Tageszeitung sein. Die geschichtlichen Ereignisse ihrer Heimat müssen auch gelehrt werden.

Weiterführende Ausbildung muss im Land angeboten werden. Die Absolventen sollten allerdings im Land bleiben und nicht ins besser zahlende Ausland abwandern.

Einheimische Akademiker müssen aus dem Ausland zurückgeholt werden.

Sie werden dringend in ihrer Heimat benötigt, um eine funktionierende Grundversorgung aufzubauen.

Der Bevölkerungsexplosion muss Einhalt geboten werden. Ansatzpunkt ist hier einzig die Empfängnisverhütung.

Es ist für uns kaum vorstellbar, dass die heimischen Geburtshelferinnen teilweise keine Ahnung von Anatomie haben.

Eine Information der Helferinnen ist dringend erforderlich. Diese können dann die Frauen aufklären. Die Beschneidung der Frauen, die weder vom Koran gefordert wird und auch nur in Afrika stattfindet, kann dann auch unterbunden werden. Verhütungsmittel sind ggf. kostenlos abzugeben. Wenn den Männern keine Nachteile entstehen, sind auch sie sicherlich mit der Geburtenkontrolle einverstanden. Eine große Familie ist ja für sie ja schwerer zu versorgen als eine kleine.

Die Infrastruktur muss aufgebaut bzw. ergänzt werden. Der Bau ist Sache der Einheimischen, sie benötigen Arbeit und Brot. Bei der Planung und Finanzierung ist unsere Hilfe sicherlich willkommen. Die





Fortsetzung von Seite 24

Informationsnetze müssen weiter ausgebaut werden.

Die einheimische Landwirtschaft muss am Fortschritt teilnehmen können.

Neue Erkenntnisse über Anbau, Früchtesorten, Viehzucht und Absatzmöglichkeiten müssen der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Absatzgenossenschaften im Besitz der Erzeuger sind aufzubauen. Mit zunehmendem Wohlstand auf dem Land lässt sich die Landflucht verringern.

Unter dem Strich betrachtet:

Ohne Förderung der Bildung ist kein Fortschritt möglich.

Der Ansatzpunkt sind die erziehenden Mütter; sie wirken wie ein Multiplikator.

Letztendlich gibt es noch einige Dinge, die wir keinesfalls tun dürfen:

Wir haben die bisher vorhandene Kultur zu achten. Insbesondere die Religion ist für uns tabu. Ein Verächtlichmachen von religiösen Dingen

kann lebensgefährlich und für eine ganze Nation schädlich sein (Koranverbrennung, Mohammedkarikaturen).

Missionieren kommt nicht in Frage, ...

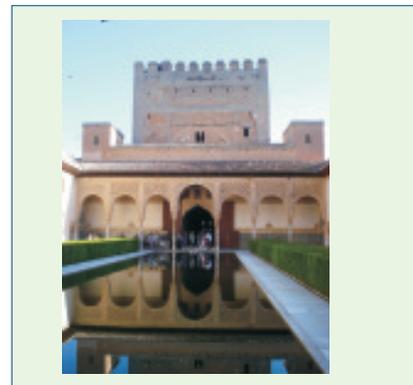
... ein gutes Beispiel geben dagegen schon. Unsere Kultur passt nicht zu anderen Menschen, also dürfen wir sie anderen auch nicht aufdrängen. ■

Berührungen zwischen Religionen

Leider kamen die "Wechsel" mit Kriegen und Feindseligkeit zustande.



Einst Moschee, jetzt christliche Kirche. (Mezquita-Kathedrale, Cordoba, Spanien)



Alhambra, eines der schönsten Beispiele der islamischen Kunst (Spanien)



Palacio de Generalife: Einst der Sommerpalast und Landsitz der Sultane von Granada (Spanien). Er wurde von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt.

Alle Fotos dieser Seite: Manfred Kistler



Fuchsle-Leser Veit Feger (vf) erzählte Fuchsle-Macher Ludwig Dorner von einem kleinen Erlebnis in Ulm. - Ludwig bat, das G'schichtlein mit Fotos ins Fuchsle übernehmen zu dürfen. vf empfand das als Ehre und entsprach der Bitte gern.

Eine Straßenmalerin in der Ulmer Fußgängerzone

Zwei drei Sätze aus einem ungewöhnlichen Leben – Und ein nicht ganz gelungener Versuch vom Veit (vf)

Wir flüchteten am Samstagvormittag ein wenig nach Ulm. Flucht wovor?? einfach aus dem IMMERGLEICHEN! .-)))))))))ist nicht bewundernswert, ich weiß)))

Gut..., also: ULM...

In der Fußgängerzone dort seh' ich ein zusammengekauertes Wesen am Rand eines Straßensbildes an eben diesem Bild pinseln.

Ich guck mir das Bild näher an ... und finde diese Nachmalung zweier Gemälde des französischen Barock-Malers Poussin ausgezeichnet!

Ich leg etwas in das danebenstehende Spenden-Körbchen.... Dann trete ich auf die am Boden kauern Person zu, die ich zunächst für einen männlichen Ausländer gehalten hatte, mit (wie man beschönigend sagt) "prekären" Hintergrund... Ich frag in meiner üblichen Manier: "Aus welchem Land kommen Sie?" Es schaut eine schwächliche, schmale, kleine Frau vom Boden zu mir auf, ärmlich gekleidet, abgeschabter Stoff: ein liebes Mädchengesicht, das aber durch ausgefallene Vorderzähne wie das Gesicht einer alten Frau aussieht.....

Freundlichst lächelnd antwortet sie: "Aus der Gegend von Hannover, ich leb aber schon seit 24 Jahren vorwiegend in Südfrankreich. Jetzt hab ich aber grad meine Mutter besucht, deshalb bin ich in Deutschland.... ich male überall..." Ich frag sie nach dem Alter. Die Antwort, wie entschuldigend: "Ich bin jünger als ich ausseh': 44 Jahre."

Ich drücke ihr meine Bewunderung für diese ihre Straßensbilder aus. Sie erklärt mir, dass sie

diese Bilder zusammenrollen und als Rohr mitnehmen kann. Sie hält mich für einen ULMER und sagt: "Ihr habt ja auch ein Rathaus mit tollen Wandbildern außen". Ich muss erst einen Augenblick nachdenken, bis ich begreif... Dann antwort' ich: "Ich guck mal nach ordentlichen Fotos dieser Rathaus-Wandmalereien für Sie, zum Nachmalen." Die Frau: "Diese Bilder sind doch recht neu, da wird es Copyright-Probleme geben..." Ich: "Nö, die sind mindestens 150 und bis zu 500 Jahre alt..."

Uli (meine Frau) und ich waren zu diesem Zeitpunkt eigentlich schon in Richtung "Autoparkplatz". Also wink ich freundlich "Tschüs".

Ich frag mich: Wie beschaff' ich jetzt großflächige Fotos vom Rathaus Ulm, damit die Straßenkünstlerin nach diesen Vorlagen malen kann....? Eine große Buchhandlung, nur wenige Schritte weiter... - Ich frage: Sie haben NIX Passendes. Eine Buchhändlerin empfiehlt mir, im Touristikbüro der Stadt nachzufragen.

Gut, ich geh hin. Aber was ich dort nach langem Warten für 3 Euro erhalte, ist zwar ein Büchlein über das Rathaus, aber mit nur wenigen und kaum farbigen und vor allem: keinen groooßen Fotos von den dortigen Fassadenbildern.

Ich geh zurück zu der Straßenmalerin und reich ihr das Büchlein, mit der Bemerkung: Ich hätt' leider nix Besseres gefunden....

Die Malerin ist erstaunt und - wie mir scheint - angenehm überrascht....

Ich verdünn mich dann Richtung Auto... ■



Fotos:
Veit Feger



Iranreise (Teil III)

“Eine Revolution bringt nur Unglück”

Almut Pfeiffer

Wir haben festgestellt, dass auf dem Land und in religiösen Zentren der schwarze Schador auch von jungen Frauen getragen wurde. In den größeren Städten jedoch gaben sich vor allem die jungen Frauen sehr offen und aufgeschlossen. Sie trugen einen Hauch von einem Schleier, der über dem Pferdeschwanz geschickt drapiert sehr hübsch aussah. Der Mantel, modisch geschnitten, teilweise ausgesprochen sexy, reichte knapp über den Po, die Jeans, hauteng, gingen bis zur Wade. Aus den schicken Sandalen spitzten lackierte Fußnägel hervor. Das Make-up unterstrich die meist sehr gut aussehenden Frauen. Und von wegen verschüchtert auf den Boden schauen. Wir erlebten ganz normale, lebensfrohe junge Mädchen und Frauen, die das Flirten perfekt beherrschen.

Und weit und breit keine Sittenwächterinnen.

Vielleicht kommen diese Hüterinnen der Moral nur noch in extrem konservativen Regionen vor. Uns hat die Offenheit und Fröhlichkeit der Frauen sehr beeindruckt. Das hatten wir nicht erwartet. Ich habe mich immer wieder gefragt, wie es möglich ist bei einem solchen Regime, das mit ständiger Bestrafung droht, dass Menschen so unbeschwert leben und lachen können.

Da der Tourismus nicht sehr entwickelt ist, suchen die Iraner sehr den Kontakt mit den wenigen Ausländern.

Hier öffnet sich für ein paar Augenblicke die Tür zur westlichen Welt, von der man so gern mehr hören möchte. Natürlich gibt es genügend Möglichkeiten, über den Westen mehr zu erfahren, aber die persönliche Begegnung ist dann doch etwas anderes.

Wir sind freie Menschen, und wie gerne wären die Iraner das auch.

In den vielen Gesprächen mit unserem Reiseleiter wurde mir klar, dass die Iraner dort in zwei Welten leben. Die eine, die politische Welt, wird registriert, aber man hütet sich aufzufallen. Man ist sich der Problematik sehr bewusst, aber man hat durch die vielen schlimmen Erfahrungen gelernt, dass man wohl im Augenblick nichts ändern kann. Und deshalb arrangiert man sich, um mit der Polizei keine unliebsamen Erfahrungen zu machen. Außerdem sind die Menschen im politischen Sinne müde geworden. Mehrfach gab es Revolutionen, unter dem letzten Schah und dann unter seinem Nachfolger. Der Blutzoll war zu hoch. Nach der letzten Wahl kam es zur grünen Revolution mit den selben Folgen. Viele junge Menschen sitzen jetzt noch in Gefängnissen, werden gefoltert und warten auf die

Vollstreckung der Todesstrafe. Das berichtete eine Iranerin, die neben mir im Flugzeug saß. Die angeblichen "Anhänger", die für das momentane Regime demonstrieren, setzen sich aus der Landbevölkerung zusammen, die nicht lesen und schreiben können und dazu politisch vollkommen ungebildet sind.

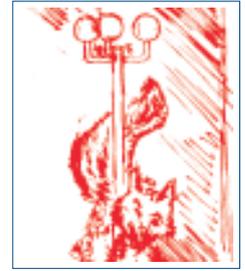
Für so eine Demo erhalten sie Geschenke wie Geld, Fernseher usw.

Die Not ist auf dem Land so groß, dass die Menschen das gerne annehmen. Sie werden mit Lastwagen nach Teheran gebracht und machen ganz brav das, was von ihnen verlangt wird. Das Regierungssystem mit seinem Wächterratt ist praktisch in den Händen der ultra-konservativen Geistlichen. Da ist eine Reform geradezu unmöglich. Wir hörten immer wieder: "Wir wollen unsere Ruhe haben, wir sind müde, eine Revolution bringt nur Unglück."

(Fortsetzung folgt) ■



Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

Dienstags-Treff
Öffentliche Veranstaltung

4.

Oktober

**Schwert
Ehingen**

20.00 Uhr

Stephanie Bernickel:

**Finanz- und Wirtschaftspolitik als
Grundlage für soziale Gerechtigkeit**

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles: Gemeinderat Ehingen
- Aktuelles: Kreistag
- siehe Hauptthema
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:
8. November 2011
Gaststätte Schwert

Karlsruhe genehmigt Euro-Rettung

Die deutschen Milliarden-Bürgschaften für das erste Griechenland-Paket und den Euro-Rettungsschirm sind rechtens, hat das Bundesverfassungsgericht am 7.9.2011 geurteilt. Allerdings muss weiterhin jede finanzpolitische Entscheidung dieser Art vom Bundestag genehmigt werden. ... (Europäische Zeitungen kommentieren):

Le Figaro - Frankreich. Das Urteil der deutschen Verfassungsrichter bringt Europa wieder auf den Weg der Integration, lobt die konservative Tageszeitung Le Figaro: "Der Ton in Deutschland ändert sich gerade. Monatelang hat man nichts gehört außer finanzpolitischen Argumenten, die von den überschuldeten Staaten allergrößte Haushaltsdisziplin verlangten. Nun erheben sich immer mehr Stimmen, die auch eine stärkere Einbindung in Europa fordern - der einzigen wirklichen Lösung für die Schuldenkrise. Die Deutschen scheinen zu realisieren, dass sie nicht ohne den Euro können. ... Befreit von der Gefahr einer richterlichen Absage für die Griechenland-Hilfe, kommt die europäische Integration vielleicht wieder in Gang."

Expansión - Spanien. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat zweifelsohne den Weg frei gemacht für die Stabilisierung des Euro, meint die Wirtschaftszeitung Expansión, aber mit einem Haken: "Das Urteil des deutschen Gerichts ist eine Zustimmung, die an Bedingungen geknüpft ist. Ab sofort müssen weitere Beiträge für den Rettungsfonds vom deutschen Parlament beschlossen werden. Das führt eine strenge Regel im Entscheidungsprozess ein und könnte ihn verlangsamen. Vor allem dann, wenn andere Mitgliedstaaten dem Beispiel folgen sollten. Trotz allem ist dieses Urteil wichtig, da es einen schweren Zweifel aus dem Weg geräumt hat, der die Einrichtung eines Mechanismus für die Finanzstabilität bedroht hatte."

Der Standard - Österreich. Das deutsche Verfassungsgericht hat zwar die Euro-Rettung für rechtens erklärt, aber auch das Mitbestimmungsrecht des Parlaments gestärkt. Eine Ausweitung dieser Praxis hätte fatale Folgen für die EU, fürchtet die linksliberale Tageszeitung Der Standard: "Wenn jetzt noch eine zusätzliche Entscheidungsebene - jene der nationalen Parlamente - eingeführt würde, könnte die Union endgültig abdanken. Sehr häufig kann es passieren, dass die Mehrheit einer Regierung im Parlament nur durch ein, zwei Stimmen gesichert ist. Ein paar Provinzpolitiker eines Eurostaates, die vielleicht gerade aus Profilierungssucht gegen alles und jeden sind, könnten somit ganz Europa lähmen. Mit der Folge, dass sich die Sinnfrage für die Union stellt. Und statt mehr Demokratie hätte man dann genau das Gegenteil erreicht. Was aber sehr wohl nötig ist: Die EU muss sich grundsätzlich neue Spielregeln geben. Im Klartext: eine neue Verfassung. Das ist aber ein Projekt für mehrere Jahre und damit für die Post-Schuldenkrisenzeit. Für den Moment bleibt nur: Augen zu und durch."

Quelle: eurotopics ■

Herbstfest 2011 des SPD-Kreisverbands
Alb-Donau zusammen mit dem Ortsverein
Ehingen.

- Samstag, 17. September
- ab 15.00 bis 20.00 Uhr
- alles Weitere siehe Seite 13.